

# EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

Begründet von D. Dr. Hermann Ehlers  
und Dr. Robert Tillmanns

Herausgegeben im Auftrag des Evangelischen  
Arbeitskreises der CDU/CSU

12. Jahrgang, Heft 1

Januar 1964

---

## Haushaltspolitik als ethisches Problem

In den vergangenen Jahren seit 1945 hat die evangelische Sozialethik große Fortschritte gemacht. Ausgelöst durch den Kirchenkampf, aber auch aufgrund des totalen Zusammenbruchs, waren die Theologen gezwungen, sich der Dinge der Welt zunächst praktisch, dann aber auch in der theoretischen Überlegung, anzunehmen. Ein Großteil der Arbeit der Evangelischen Akademien, des Kirchentages und einer Reihe anderer Institutionen ist dem Verhältnis zwischen Kirche und Staat oder Kirche und Wirtschaft gewidmet. Mancherlei Ergebnisse lassen sich aufzeigen.

Aber weite Bereiche des politischen und gesellschaftlichen Lebens sind bisher noch am Rande liegengelassen. Das hängt nicht zuletzt mit der in Gesprächen zwischen Theologen immer wieder auftauchenden Meinung zusammen, ein großer Teil politischer Entscheidungen vollziehe sich im Bereich der reinen Sachlichkeit. Mit diesem Argument wird gelegentlich auch die Bedeutung der Parteien für die Kommunalpolitik abgestritten. Ohne Zweifel gibt es einen bestimmten Bereich, in dem sich der Politiker gewissen technischen Problemen gegenüber sieht, bei denen es dann nur um die beste Ausführung geht. Der weit größere Teil der Entscheidungen, die er zu fällen hat, sind jedoch Wertungen. Sie treten in unserer Gesellschaft und in den politischen Diskussionen allerdings nicht oft zu Tage, da wir uns auf bestimmte Grundwerte weitgehend geeinigt haben.

Die Auseinandersetzungen der letzten Wochen über die Kriegsoffiziersrenten konnten zeigen, daß es auch heute in der Politik um Werturteile geht. Sie erscheinen allerdings vorwiegend als Entscheidungen in Haushaltsfragen. Das hat der Verlauf der Diskussion um die Kriegsoffiziersversorgung sehr klar gezeigt. Nun neigen wir dazu, die Haushaltsprobleme als rein politisch-technische Probleme anzusehen und machen uns nicht klar, daß jeder Haushalt, sei es auf der Gemeinde- und Kreisebene, sei es auf der Landes- oder Bundesebene, Auskunft darüber gibt, wie die ihn beschließenden Politiker die Werte in der Gesellschaft gesetzt haben wollen. Dinge, die als wertvoll erscheinen, werden finanziell gefördert; anderes, was im Augenblick als weniger wertvoll dasteht, wird nicht berücksichtigt. Zwar haben die Haushaltsausschüsse heutzutage immer nur einen relativ geringen Spielraum, denn viele der Ausgaben sind durch Gesetze festgelegt. Jedoch sind jene Gesetze nichts anderes als vorweggenommene Haushaltsentscheidungen.

In den vergangenen Wochen ist bewußt oder unbewußt vielfach versucht worden, die moralischen Aspekte der sozialpolitischen Entscheidungen zu verdunkeln. Das begann mit dem Argument, man dürfe nicht bei den Kriegsoffern anfangen zu sparen, und endete mit dem Protestmarsch der Kriegsoffiziere in Bonn. In Bonn marschierten nicht zuletzt zum Teil gerade die Verwehrten, die von den von der Bundesregierung vorgeschlagenen Verbesserungen besonders profitieren sollten. Daß sie gegen die Pläne der Bundesregierung protestierten, kann man nicht anders als den Versuch einer bewußten Irreführung der Bevölkerung bezeichnen. Glücklicherweise scheint die Bevölkerung jedoch in diesem Falle ein deutliches Gespür dafür zu haben, welche Vorschläge dem Gemeinwohl dienen.

Aber die Haushaltspolitik muß in noch weiterem Rahmen gesehen werden. Auch der von der Regierung vorgelegte Stufenplan wirft ein ethisches Problem auf. Denn in ihm wird, wie der Vorsitzende des finanzpolitischen Ausschusses des Bundestages, Dr. Schmidt, in diesen Tagen immer wiederholte, ein Wechsel auf die Zukunft gezogen, von dem man nicht weiß, ob man ihn wird einlösen können. Die Jahre des raschen wirtschaftlichen Aufstiegs haben es bei uns zur Gewohnheit werden lassen, solche Wechsel auf die Zukunft in vielen Bereichen zu ziehen. Wir beschließen Ausgaben für die Zukunft, weil wir annehmen, der wirtschaftliche Fortschritt werde uns die notwendigen Mittel einbringen. Wir haben diese Methode besonders auf sozialpolitischem Gebiet ausgeübt. Auch in diesem Jahr sind die Ausgaben der Sozialpolitik wieder um 16% gestiegen; dem steht eine Erhöhung des gesamten Sozialprodukts von nur annähernd 6% gegenüber. Eine solche Divergenz läßt sich vielleicht in einem Jahr noch vertreten, da man andere Haushaltsposten entsprechend weniger erhöhen kann. Auf die Dauer muß sie das Gleichgewicht im Haushalt stören, was letztlich unsozial ist, weil die Folge schwere gesellschaftliche Spannungen sein werden. Wechsel auf die Zukunft zu ziehen, ist nicht ein Problem, das nur eine sozialpolitische Seite hat, sondern auch eine ethische. Darf man versuchen, sich die Zukunft auf diese Weise verfügbar zu machen — oder aber auch, sie sich zu verbauen? Diese Frage muß sich jeder vorlegen, der heute in politischen Dingen mitreden will.

Aufs Ganze gesehen stellt sich die ethische Frage im Blick auf den Haushalt in dreifacher Hinsicht. Dabei geht es, wie in vielen Gebieten der politischen Ethik, zunächst nicht um den jeweiligen Stand der Dinge, d. h. die absoluten Ausgaben und die Höhe der einzelnen Posten an sich, sondern um die Beziehungen der einzelnen Ausgabenposten zueinander und die Entwicklungstendenzen, die deutlich werden, wenn man mehrere Haushalte miteinander vergleicht.

Der erste Problemkreis betrifft das Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben, d. h. den Haushaltsausgleich. Ein Ausgabenüberschuß erzeugt inflationäre Tendenzen, und diese erzeugen letztlich eine Vermögensumschichtung innerhalb des Volkes. Will man diese oder nimmt man die Wirkungen um anderer Ziele willen in Kauf, so wird man ein Haushaltsdefizit akzeptieren. Diese Situation besteht heute in den Vereinigten Staaten.

Im zweiten Problemkreis geht es um die Steigerung der Gesamtausgaben im Verhältnis zur Steigerung des Volkseinkommens. Steigen die Staatsausgaben unproportional, so wird ein immer größerer Teil des Volkseinkommens durch die Hand des Staates gehen. Damit ist — zwar nicht notwendig, aber sehr wahrscheinlich — gegeben, daß die sozialen Maßnahmen sich gegenseitig mildern, wenn nicht sogar ganz aufheben.

Der dritte Problemkreis schließlich bezieht sich auf das Verhältnis der einzelnen Ausgabenposten zueinander und deren Entwicklung. Hier ist am leichtesten zu sehen, daß Haushaltspolitik ein Wertespiel ist und daß sich der Politiker ethischen Entscheidungen in keiner Weise entziehen kann.

Es sollte eigentlich gar nicht so schwierig sein, all das zu erkennen. Jeder Familienvater ist ja mit ähnlichen Problemen konfrontiert, wenn er sein Budget macht. Er wird es spätestens dann wissen, wenn er einmal seine Mittel auf die verschiedenen Gebiete aufteilt. Vielleicht lernen von diesem Beispiel auch die evangelischen Theologen, daß es nicht nur um sogenannte Sachfragen geht.

# Theodor Heuss

Der Heimgang von Theodor Heuss am 12. Dezember 1963 ist uns Anlaß, ihm noch einmal unsere Verehrung und unsere Dankbarkeit darzubringen.

Theodor Heuss war es aufgegeben, das erste Staatsoberhaupt des erneuerten deutschen Staates zu sein. Die Anfänge dieses Staates standen im Zeichen vielfacher Unsicherheit. Der Ausgang des Versuchs mit einer neuen und nur als vorläufig betrachteten Verfassung war noch nicht abzusehen. Der erste Bundespräsident hat das Wesen dessen, was dieser Staat bis heute geworden ist, entscheidend geprägt.

Wenn je ein Staatsmann unserer Zeit der gesamten Nation und nicht nur einer Partei zu eigen wurde, so war es Theodor Heuss. Durch die Weise, in der er das ihm übertragene Amt des Staatsoberhauptes wahrgenommen hat, ist er zum überzeugenden Repräsentanten dieses Staates geworden, zu dessen Integration er durch sein Wesen und sein Wirken so unendlich viel beigetragen hat.

Theodor Heuss hat über 60 Jahre in lebendigster Anteilnahme eine Spanne deutscher Geschichte begleitet, wie sie selten bedeutungsvoller, aber auch selten verhängnisvoller gewesen ist. Er kam aus der Schule eines Mannes, dem heute vielleicht nicht mehr genügend Beachtung geschenkt wird und den die CDU/CSU gleichfalls als einen ihrer geistigen Ahnherren anzusehen berechtigt ist: Friedrich Naumann, dessen politische Anfänge als junger Pfarrer mit durch die evangelisch-soziale Bewegung der 1890er Jahre bestimmt worden sind. Heuss hat in einem großen Werk das Leben von Naumann dargestellt. Seit seinen Studententagen war er sein Mitarbeiter und wurde von ihm für politisches Handeln gewonnen.

Es klingt fast wie eine Sage, wenn wir daran erinnern, daß Heuss noch im alten Elsaß von vor 1914 gelebt hat. Dort begegnete er der Frau, die stets genannt werden muß, wenn seiner gedacht wird: Elly Heuss-Knapp. Sie hat ihm lebenslang zur Seite gestanden

und bedeutete — auch in seinem Beruf — Außerordentliches für ihn, namentlich in den schweren Jahren von 1933–1945.

Bereits während der Weimarer Zeit war das Bemühen um die politische Bildung der Deutschen ein besonderes Anliegen von Theodor Heuss. Auf ihn geht die Gründung der Hochschule für Politik in Berlin zurück, die er bis 1933 geleitet hat. Es erscheint daher gemäß, daß er nach dem Ende der politischen Finsternis als erste Aufgabe die eines Kultusministers von Württemberg-Baden in Stuttgart übernahm.

Nach über 40 Jahren politischen Handelns und Leidens war Theodor Heuss vor allem berufen, 1948/49 im Parlamentarischen Rat eine neue deutsche Verfassung mitzugestalten. Er hat ihre Entstehung beeinflusst wie wenige Abgeordnete. Einmal durch seine Mitarbeit an ihren einzelnen Bestimmungen, wie es in besonderem Maße bei den Grundrechtsartikeln geschah. Wenn die Grundrechte zu einer alle Deutschen gemeinsam verpflichtenden materialen Wertordnung gestaltet worden sind, so ist das wesentlich Theodor Heuss zu verdanken. Sodann aber war er zwischen den beiden großen Parteien des Parlamentarischen Rats das vermittelnde und ausgleichende Element, das unermüdlich dahin wirkte, gemeinsam zu bejahende Lösungen herbeizuführen.

So lag von vornherein jenseits alles Parteipolitischen ein hoher Sinn darin, daß Theodor Heuss nach Inkrafttreten des Grundgesetzes zum ersten Bundespräsidenten gewählt wurde.

Wir nehmen von Theodor Heuss Abschied in der verpflichtenden Gewißheit, daß er uns allen ein Vorbild geworden ist und ein Vorbild bleiben wird.

*Gedankwort, gesprochen am 13. XII. 1963 in der Sitzung des Evangelischen Bundesarbeitskreises der CDU/CSU von Walter Strauss.*

Die Scham, in die Hitler uns Deutsche gezwungen hatte, wurde durch ihr Blut vom besudelten deutschen Namen wieder weggewischt.

Das Vermächtnis ist noch in Wirksamkeit, die Verpflichtung noch nicht eingelöst.

Theodor Heuss über die Männer des 20. Juli, Berlin 1954

### Der Griff nach den Kindern

Die mitteldeutschen Kirchen müssen sich derzeit mit einem neuen schwerwiegenden Jugendgesetz vertraut machen. Das Gesetz legt eine umfassende staatliche Jugendförderung fest, die mit einer totalen Verpflichtung auf den Sozialismus verbunden ist. Dem Zugriff des Staates kann man sich jetzt kaum noch entziehen, ohne mit dem Gesetz in Konflikt zu kommen. Es wird dekretiert, auch alles, was über den Unterricht in der Schule hinausginge, sei ein fester Bestandteil der polytechnischen Ausbildung. Die Jugendweihe, bisher noch nicht offiziell eine staatliche Sache, wird jetzt zu einer gesetzlichen Einrichtung gemacht. Damit wird der Sozialismus mit seinen Riten sozusagen zur gesetzlichen Staatsreligion erhoben. Ferner sollen, neben allen öffentlichen und „gesellschaftlichen“ Organen, auch die Eltern verpflichtet sein, die Jugend fähig zu machen „zum aktiven Kampf gegen die Einwirkungen imperialistischer Ideologien“ und gegen „überlebte Gewohnheiten“. Zu den „überlebten Gewohnheiten“ muß man wohl auch die Teilnahme am kirchlichen Leben rechnen. Christliche Eltern müßten also ihre Kinder von Staats wegen zur Unkirchlichkeit und zum Unglauben erziehen. Im übrigen werden die Eltern nur noch am Rande erwähnt. Ihre Existenz läßt sich nicht völlig übersehen; dem Familienleben wird jedoch keinerlei eigener Wert beigemessen. Was das persönliche Glück der Kinder ausmache, sieht nach dem Gesetz sozialistisch so aus: es bestünde darin, daß sie ihren jugendlichen Tatendrang als Bauherren des Sozialismus bewähren dürfen.

Der kirchliche Religionsunterricht hat sich in Mitteldeutschland, soweit man die Lage übersehen kann, immer mehr ins Private zurückziehen müssen. Mit dem neuen Gesetz kann die SED jetzt auch hier mit dem Schein des Rechts störend eingreifen. Sie wird sicher auch die „Bibelrüstzeiten“ für Jugendliche noch mehr behindern wollen. Gerade diese Rüstzeiten hatten sich in den letzten Jahren gut bewährt.

Der Raum für die Glaubens- und Gewissensfreiheit, von der DDR-Regierung mit dem vielzitierten Kommuniqué vom 21. Juli 1958 den Kirchen noch einmal bestätigt, ist mit dem neuen Gesetz noch kleiner geworden als bisher. Die Sorge darüber schien jetzt sogar aus dem Bericht des thüringischen Landesbischofs Mitzenheim vor der Synode seiner Kirche herauszuklingen. Er sagte Ende November: „Der nötige Raum für den Dienst der Kirche ist vorhanden“, aber er fügte, doch vorsichtig, hinzu: „Wir sind bemüht, ihn zu erhalten“. Mitzenheim ist immer Optimist gewesen. Er hat sich recht vertraut mit den Machthabern eingelassen, gewiß, ohne je seine christliche Überzeugung zu verraten. Er hoffte, für die Freiheit der Kirche etwas zu gewinnen, und versuchte, für besonders geplagte Menschen einzutreten. Auch jetzt wieder erwähnt er Akte der Barmherzigkeit, die in aller Stille getan würden. Er spricht von Verhandlungsergebnissen, die allen dortigen Landeskirchen zugute kämen. Ohne genauere Informationen sind diese Andeutungen nicht

recht zu beurteilen. Es ist aber sicherlich fraglich, ob durch irgendwelche offiziellen Verhandlungen zum Beispiel die anmaßenden totalitären Grundsätze des Jugendgesetzes verwandelt werden können. Allenfalls kann man den Zeitpunkt etwas hinausschieben, von dem an das Gesetz mit allen Konsequenzen angewandt wird.

Immerhin muß man wohl respektieren, was bei einer theologischen Ost-West-Begegnung in Köln Professor Bandt aus Greifswald vortrug: es sei bedenklich, alle Vertreter der Kirche, die mit den staatlichen Stellen in der DDR verhandeln, gleich als Kommunisten zu bezeichnen, denn: „Heute müssen wir damit rechnen, daß wir unser Leben im Sozialismus beschließen“; Kontakte mit staatlichen Stellen, können wir folgern, müssen daher sein.

Beim gleichen Anlaß in Köln hat auch der Prager Professor Hromadka wieder seine Meinung vorgetragen, der Atheismus sei nur ein vorübergehender Bestandteil des Kommunismus. Dies ist jedoch eine verhängnisvolle Illusion. Ohne Zweifel dürfen die Christen den einzelnen Kommunisten nicht abschreiben. Jeder Kommunist könnte, im Widerspruch zum System, für das Christliche aufgeschlossen werden. Aber ob man den Kommunismus als Lehrsystem, zu dem der Atheismus bislang unablässig dazugehört, mit einer bloßen Behauptung wird spalten können? Man sieht bisher nichts, was in diesem Punkt zur Hoffnung Anlaß gibt.

v. k.

### Kontinuität in der Demokratie

Das deutsche Volk hat in den letzten Wochen Abschied nehmen müssen von drei Politikern, die unser aller Vertrauen besessen haben: John F. Kennedy, Theodor Heuss und Erich Ollenhauer.

Mit großer Anteilnahme haben die Menschen in unserem Lande an den Beisetzungsfestlichkeiten teilgenommen, sei es am Rundfunk oder am Bildschirm. Abgesehen von dieser Anteilnahme konnten wir freilich etwas beobachten, daß uns für die Stabilität der westlichen Demokratien ein positives Zeichen zu sein scheint.

Mit erstaunlicher Schnelligkeit hat Lyndon B. Johnson die Administration in den Griff bekommen. Dabei hat ihn die öffentliche Meinung der USA wie das Berater-Team des Weißen Hauses nachhaltig unterstützt. So ist nicht mit einem Bruch, sondern mit einer kontinuierlichen Fortsetzung der amerikanischen Politik zu rechnen. Trotz der schweren Erschütterung, in die die USA durch die Bluttat von Dallas gestürzt wurde, hat die amerikanische Demokratie ein Höchstmaß an Stabilität bewiesen.

Die deutsche Demokratie kann nicht wie die amerikanische auf eine lange und ehrwürdige Tradition zurückblicken. Sie muß es erst lernen, auch Krisenzeiten durchzustehen. Eine wirkliche Bewährungsprobe ist ihr, trotz aller Belastungen, die sie ohne Zweifel zu tragen hat, erspart geblieben.

Daß sich trotz allem in den Jahren seit dem Zusam-

menbruch so etwas wie ein demokratischer Stil in Deutschland entwickeln konnte, ist zu einem nicht geringen Teil das Verdienst von Theodor Heuss und Erich Ollenhauer. Manche haben es bedauert, daß Heuss nicht auch nach 1959 das Amt des Bundespräsidenten ausgeübt hat. Aber wir meinen, daß der Entschluß, das Grundgesetz nicht zu ändern, richtig war.

Theodor Heuss hat durch seine Entscheidung deutlich gemacht, daß es keine „Schande“ ist, ein Amt abzugeben, daß man auch ohne Amt und Würden dem Vaterlande dienen kann. Damit hat er den Deutschen eine Erfahrung vermittelt, die neu für sie ist. Ebert starb in seinem Amt, ebenso Hindenburg, und Hitler setzte seinem Leben ein Ende, als er sehen mußte, daß sein Drittes Reich nicht mehr zu retten war.

Nach dem Heimgang des Altbundespräsidenten hat Konrad Adenauer die Aufgabe, den Dienst, den Heuss seit seinem Ausscheiden aus dem Amt dem deutschen Volk als pater patrias erwiesen hat, zu übernehmen.

Die junge deutsche Demokratie bedarf dieses wichtigen Dienstes — des Dienstes derer, die nicht mehr im Amt sind — um ihrer Kontinuität und Stabilität willen.  
b. u.

### Europa vor der Entscheidung

Ein Blick auf die Entwicklung in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft stimmt nicht gerade optimistisch. Seit der Verabschiedung der Römischen Verträge hat die Gemeinschaft der Sechs einen erstaunlichen wirtschaftlichen Aufschwung genommen. Aber in einem Bereich sind bis heute noch keine wirklich durchgreifenden Erfolge zu verzeichnen: im Bereich der Landwirtschaft. Die nationalen Interessen sind hier besonders lebendig und der Druck der Bauern auf die Regierungen besonders stark. Die Verhandlungen in Brüssel haben dies im vergangenen Jahre deutlich gezeigt, und Europa gleicht, wie man richtig gesagt hat, gegenwärtig eher einer zänkischen Familie als einer kraftvollen, in die Zukunft gewandten Gemeinschaft.

Angesichts dieser Situation sind alle Regierungen und mit ihnen die Völker Europas aufgerufen, sich zu fragen, ob sie bereit sind, weitere Souveränitätsverzicht zu leisten und so das begonnene Werk der europäischen Integration fortzusetzen, oder aber ob sie auf nationalen Egoismen beharren wollen. Die Stunde fordert von uns, den Blick nach vorn zu richten, sie fordert von allen in allen Bereichen die Bereitschaft zum Verzicht, Verzicht nicht nur auf Souveränitätsrechte, sondern auch auf wirtschaftliche Vorteile, denn nur so kann die Einheit Europas verwirklicht werden.

Für die heiß umstrittenen Fragen der Landwirtschaft heißt dies, daß die Bereitschaft zum Kompromiß auf allen Seiten vorhanden sein muß. Solche Bereitschaft muß aus der Einsicht erwachsen, daß die europäische Einheit ohne Integrierung der Landwirtschaft Stückwerk bleiben wird. Nur so wird auch die politische Einheit vorangetrieben werden können. Wie immer man die Einzelfragen beurteilen mag — und niemand wird berechnete Interessen einfach vom Tisch fegen wol-

len —, eines ist sicher: ultimative Forderungen helfen nicht weiter, sondern nur eine Politik der Zusammenarbeit und der Verständigungsbereitschaft. Die Völker Europas erwarten von ihren Regierungen eine solche Politik, zumal das deutsche Volk, das noch enger in die Gemeinschaft der freien Völker hineinwachsen will.  
-I.

### Neujahrswunsch

Zum Deutschen gehört der Stammtisch. Zum Stammtisch gehören der Bier-Ernst und das politische Gespräch. Weil unsere Politiker alle Deutsche sind, wird bei uns Politik mit Bier-Ernst getrieben.

Wir haben in diesen Blättern sehr oft von der Verantwortung des Politikers gesprochen. Wir haben gemahnt und kritisiert, wir haben darauf hingewiesen, daß Politik eine ernste und verantwortungsvolle Sache ist. Aber wir müssen einmal erwähnen, daß zur Verantwortung auch der Humor gehört, daß nur der seine Verantwortung recht tragen kann, der einen gewissen Abstand von der Sache hat, für die er eintritt. Der Verantwortliche weiß vielleicht besser als jeder, der eine Sache nur nebenhin betreibt, daß seine Meinung immer nur eine Meinung neben anderen ist und er die ganze Wahrheit nicht sieht. Deshalb wird er sich davor hüten, sich ganz und gar mit einer Sache zu identifizieren. Er mag es als Politiker tun und muß es wahrscheinlich hin und wieder; er darf es aber nicht als Mensch.

Für das neue Jahr wünschen wir uns, daß bei uns Politik mit ein wenig mehr Humor getrieben wird. Empfindlichkeit, Eitelkeit, Selbstgerechtigkeit und Bier-Ernst sind schlechte Eigenschaften für einen demokratischen Politiker.  
-ng.

---

**Im Verlauf des vergangenen Jahres haben viele unserer Leser die Abonnementsgebühr an den Verlag überwiesen. Wir bitten freundlich, den Betrag von DM 10,— für das Jahr 1964 auf beigefügter Zahlkarte zu entrichten. Die „Evangelische Verantwortung“ ist wie jede andere Zeitschrift darauf angewiesen, daß sie von ihren Lesern geistig und materiell getragen wird. Will sie ihre Aufgabe erfüllen, bedarf sie der Unterstützung und Kritik aller Leser.**

Die Schriftleitung

---

# Bemerkungen zur Außenpolitik an der Jahreswende

Berthold Martin

Lange ist darüber gerätselt worden, was der Konflikt zwischen China und Rußland bedeutet. Seit einigen Wochen weiß man, daß auf beiden Seiten der russisch-chinesischen Grenze militärische Vorbereitungen getroffen werden. Die Chinesen erheben territoriale Forderungen und so ist sicher, daß es um mehr als um einen ideologischen Konflikt geht.

Noch im vorigen Jahrhundert gehörte ganz Süd-Ost-Asien zum Einflußbereich der Chinesen. Das haben sie nicht vergessen, und nicht nur in den asiatischen Ländern, sondern jetzt auch in den afrikanischen, stehen Chinesen und Russen miteinander im Wettbewerb. Die Chinesen appellieren dabei an ihre „farbigen Brüder“ und schlagen scharfe antiimperialistische und antikolonialistische Töne an. Gleichzeitig verdächtigen sie die UdSSR mit den alten Kolonialmächten zu paktieren. Gegenwärtig macht Tschu-En-Lai eine Reise durch afrikanische Staaten, um den sowjetischen Einfluß ebenso wie den westlichen zurückzudrängen.

Die UdSSR steht unter wirtschaftlichem Druck. Bundeskanzler Adenauer hatte so unrecht nicht, als er auf einer Tagung der Evangelischen Akademie in Tutzing im Juli 1963 darlegte, die sowjetische Wirtschaft stecke in größten Schwierigkeiten, und zwar deshalb, weil sie nicht in der Lage sei, gleichzeitig gegen den Osten und den Westen zu rüsten, den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben und sich durch Entwicklungshilfe in Afrika und Asien einen Namen zu machen. Nicht durch eine Mißernte ist die Sowjetunion außerstande, die Bevölkerung aus eigener Produktion zu ernähren, nicht eine Naturkatastrophe zwingt sie, im kapitalistischen Westen Weizenkäufe großen Stils durchzuführen, es ist vielmehr eine dem System innewohnende Schwäche, die in alledem zu Tage kommt. Die UdSSR ist schwächer als man gedacht hat.

Das alles entwickelt sich in einem Zeitraum, in dem die westeuropäischen Völker mit großer Stetigkeit immer mehr wirtschaftliche Potenz erwerben und auf die osteuropäischen Staaten eine große Anziehungskraft ausüben. Warschau, Budapest und Prag denken nicht daran, ihre Zukunft ausschließlich an die UdSSR zu binden. Sie wissen, daß wirtschaftliche und kulturelle Interessen sie an den Westen verweisen. Immer wieder hat Chruschtschow den „Wettbewerb der Systeme“ proklamiert, ständig hat er den Völkern des Ostblocks einen höheren Lebensstandard versprochen und angekündigt, er werde die Produktion der Amerikaner nicht nur einholen, sondern überholen. Von all dem ist jetzt nicht mehr die Rede. Vielmehr ist im Osten und im Westen des sowjetischen Imperiums so etwas wie eine Desintegration in Gange.

Die deutsche Außenpolitik hat auf diese Vorgänge reagiert, und nicht nur mit Warschau, sondern auch mit den anderen osteuropäischen Staaten über handelspolitische Beziehungen und die Errichtung einer Wirtschaftsmission verhandelt. Überall sind diese Verhandlungen von Erfolg begleitet. Die Bereitschaft der Regierungen Osteuropas, mit der Bundesregierung in Kontakt zu kom-

men, ist überraschend groß. Nun ist seit langem in Deutschland eine „aktive Ostpolitik“ gefordert worden. Dabei verstand man unter aktiver Ostpolitik die ganze oder teilweise Preisgabe der sogenannten Hallstein-Doktrin. In einigen Lagern war man bereit, die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen und mit Pankow zu sprechen. Das, was jetzt vorgeht, hat mit alledem nichts zu tun. Durch eine ebenso stille wie umsichtige Diplomatie war es möglich, in neue Beziehungen zu den osteuropäischen Völkern zu treten, ohne den Anspruch der Bundesregierung auf Wiedervereinigung in den Grenzen von 1937 anzutasten. Es ist ein Zeichen der gewachsenen Eigenständigkeit der osteuropäischen Völker, daß sie die Beziehungen nicht scheitern ließen, als die Bundesrepublik darauf bestand, Westberlin nicht als „Dritten Deutschen Staat“, sondern als zur Bundesrepublik gehörig zu betrachten. Die UdSSR dagegen hat diese Forderung der BRD nicht anerkannt und daran das Deutsch-Sowjetische Kulturabkommen schließlich scheitern lassen.

Seit dem Jahre 1956 beobachtet man freiheitliche Bestrebungen in den osteuropäischen Staaten, die man unter dem Begriff Liberalismus zusammengefaßt hat. Lange Zeit stand Polen an der Spitze. Die Produktivität in der Literatur, im Theater, beim Film haben die Aufmerksamkeit nicht nur der intellektuellen Kreise der BRD, sondern gerade auch der Politiker erregt. Aber es ist längst nicht mehr das Privileg Polens, eine freiheitlichere Gestaltung seines Lebens durchgesetzt zu haben. Viele Nachrichten deuten darauf hin, daß heute Ungarn und die Tschechoslowakei stärker von der Liberalisierung erfaßt sind als Polen. Liberalisierung ist ungefähr identisch mit der zunehmenden Teilnahme am kulturellen Leben des Westens.

## Unser Verzicht auf Gewalt

Für die osteuropäischen Völker bildet noch immer die BRD aufgrund der Erfahrung aus dem 2. Weltkrieg eine Ausnahme. Die sowjetische Propaganda hat die Deutschen dauernd als eine große Gefahr dargestellt, um damit die Ostvölker bei der Stange zu halten und sie auf den Schutz der großen UdSSR zu verweisen. Tatsächlich aber besteht diese Angst, obwohl die BRD ausdrücklich auf Gewalt bei der Regelung der Ostfrage verzichtet hat. Wir sind in Deutschland stolz auf das Wirtschaftswunder und wissen, daß uns deswegen Respekt in aller Welt gezollt wird. Materielle Überlegenheit weckt aber auch die negativen Gefühle des Unterlegenseins, und solche Gefühle können umschlagen in Angst.

Die deutsche Politik muß Überlegungen darüber anstellen, wie der Gewaltverzicht, der uns selbstverständlich ist, in Osteuropa glaubwürdig werden kann. Das ist das Feld der kulturellen Beziehungen, die aber, wie die Dinge heute liegen, nur aufgebaut werden können, wenn die osteuropäischen Völker selbst es wünschen. Es ist unmöglich, sich aufzudrängen, man würde damit nur neues Mißtrauen wecken.

Am Ende des Jahres 1963 könnte die Bilanz im Ost-

West-Konflikt sehr günstig sein, wenn der Westen selbst nicht auch seine Schwierigkeiten hätte.

Es ist auch in diesem Jahr nicht gelungen, die wirtschaftliche und militärische Überlegenheit so zu formieren, daß daraus neue Möglichkeiten im Ost-West-Konflikt wachsen würden.

Noch vor einigen Jahren galt der Nationalismus als eine überholte Erscheinung des 19. Jahrhunderts, aber es ist nicht zu bestreiten, daß die Rückkehr de Gaulles zu einer strikt nationalen Politik die meisten der Probleme aufgeworfen hat, mit denen sich die Dezembertagung der NATO in Paris und die EWG in Brüssel beschäftigen. Nach der brüskten Absage de Gaulles an Großbritannien und dem praktischen Aufbau einer eigenen französischen Atommacht schien insbesondere die deutsche Politik in eine Krise zu geraten. Es war etwas zu abstrakt zu meinen, wir müßten uns entweder für de Gaulle oder für Kennedy entscheiden. Beides war nicht möglich. Die französische Atomstreitmacht wird bestenfalls 4-5% der Abschreckung des Westens aufbringen können, und schließlich ist die französische Atombombe eine nationale Waffe, die nur für Frankreich bestimmt ist. Es würde durchaus den europäischen und amerikanischen Interessen entsprechen, wenn es gelänge, eine europäische Atomstreitmacht aufzubauen, aber dazu gehört eine handlungsfähige europäische Regierung und ein europäisches Parlament.

Das Wiederaufleben des Nationalismus steht dem im Wege. Wer die Rede gelesen hat, die André Malraux Anfang November in der französischen Kammer gehalten hat, weiß, daß der Gaullismus als nationale Philosophie ernst gemeint ist.

Die wissenschaftlich-technische Entwicklung, ebenso wie die Weltlage im allgemeinen, macht die europäische Einigung notwendig.

Die Lage der BRD am Eisernen Vorhang hat den Blick

der Deutschen für die außenpolitischen Realitäten geschärft. Die nationalen Ziele unseres Volkes, nämlich die Sicherheit Berlins und die Wiedervereinigung Deutschlands, sind mit nationalen Mitteln nicht zu erreichen. Wir sind angewiesen auf übernationale Verbindungen, und wir wissen darüber hinaus, daß die großen Fragen des Friedens und der Sicherheit nur gelöst werden können, wenn man die Interessen der eigenen Nation zusammensieht mit der Notwendigkeit einer Weltfriedensordnung. Am Ende des Jahres 1963 sind die Bindungen an Amerika stärker geworden. Ohne Amerika gibt es keine europäische Sicherheit, ebenso wie es ohne Frankreich keine europäische Einigung gibt. Beides muß die BRD im Auge behalten.

Außenpolitik hat zweierlei Voraussetzungen. Solche, die unabänderlich sind wie die geographische Lage und andere, die mehr oder minder von menschlicher Einsicht und Entscheidungskraft abhängen, wie die wirtschaftliche Kraft und die innere Verfassung des Landes. Der reibungslose Übergang der Macht auf einen neuen Kanzler und ein neues Kabinett hat noch einmal gezeigt, daß die Bundesrepublik eine funktionsfähige Demokratie ist.

Die Wirtschaft ist nach wie vor gesund und ermöglicht eine dynamische Politik und schließlich ist der Wille zur Wiedervereinigung in unserem Land unvermindert stark. Lange hat man gedacht, die Wiedervereinigung werde nur getragen von der älteren Generation. Sorgfältige Untersuchungen zeigen aber, daß in der nachwachsenden Jugend der Wille zur Bewahrung der historischen Einheit unseres Volkes eher größer ist. Die Umstände, unter denen die deutsche Außenpolitik an die Schwelle des Jahres 1964 herantritt, sind nicht ungünstig. Unter Bewahrung der großen Prinzipien der von Adenauer entworfenen Außenpolitik ist es dem jetzigen Außenminister gelungen, auf eine in vielfältiger Weise geänderten Situation angemessen zu reagieren und die Entwicklungen einzuleiten, die notwendig sind, um das deutsche Interesse zu bewahren.

## Die neue Grenze

### Versuch einer Deutung der Konzeption Kennedys

Walther Casper

Als am 20. Januar 1961 der neu gewählte amerikanische Präsident sein Amt übernahm, da zog mit John Fitzgerald Kennedy nicht nur der bisher jüngste der 35 Präsidenten in das Weiße Haus ein, sondern vor allem ein Mann, der in einer Zeit des Umbruchs seinem Volk ein neues Leitbild aufzeigte. Er nannte dieses Leitbild „The New Frontier“. Es ist mit noch heute lebendigen Vorstellungen aus der amerikanischen Geschichte verknüpft. Denn dieser Präsidentenwechsel war nicht nur die gegenseitige Ablösung zweier in ihrer Außenpolitik im wesentlichen übereinstimmenden Parteien oder ein Generationswechsel in der Führung der Vereinigten Staaten, sondern der Einzug von Kennedy ins Weiße Haus ließ Kräfte sichtbar werden, die bereits vor ihm

*Nachstehendem Artikel liegt ein Referat zugrunde, das vor dem Tod des Präsidenten gehalten wurde. Es erwuchs aus jahrelanger enger Verbindung des Verfassers mit dem Kreis um Kennedy.*

vorhanden gewesen sind und die das Antlitz der Vereinigten Staaten in den letzten 25 Jahren unmerklich verändert haben. Dazu gehört das Einströmen europäischer Intellektueller durch die Emigration der dreißiger Jahre. Namen wie Einstein und Tillich sind hier repräsentativ, und die Geistigkeit des alten Europa, die sie in die neue Welt hinüberretten konnten, hat sich befruchtend in ihrem Gastland ausgewirkt.

Ein weiterer geschichtlich bedeutsamer Prozeß, der Amerika aus der geistigen Isolierung herausführen half und der zum Verständnis der „New Frontier“ Kennedys gehört, ist die stärkere Berührung des jungen Amerikas, und vor allem der Armee, mit der Welt Europas und Ostasiens. Überhaupt ist das Aufkommen einer

durch den Krieg gegangenen Generation zu nennen, die die Auseinandersetzung nicht scheut und ihr vor allen Dingen mit dem neuen differenzierten Rüstzeug begegnet, das die komplexe Weltsituation erfordert, in die sich das im Zweiten Weltkrieg endgültig aus der politischen Isolierung getretene Amerika zugleich als Führungsmacht hineingedrängt sieht.

Schließlich muß man auch die innere Umformung der amerikanischen Gesellschaft und die sich aus dem Verschmelzungsprozeß immer wieder erneuernde Führungsschicht erwähnen. Sie umfaßt zwar einen relativ kleinen Kreis, ist aber einflußreich gemäß dem paradoxalen Gesetz der Demokratie, wonach — zumal in der modernen pluralistischen Gesellschaft und im Zeitalter der Vermassung — wenige ausgeprägte Persönlichkeiten das Schicksal vieler bestimmen können. Diese Schicht umfaßt einerseits mit großem Sozialprestige ausgestattete Akademiker, wie die Präsidenten der Universitäten, Dekane und einzelne Professoren; sie ergänzt sich andererseits laufend aus Mitgliedern der Familien, die im Wirtschaftsleben des Landes eine Rolle spielen — man denke an die zwei Opponenten Kennedy und Rockefeller —, sowie aus erfolgreichen Einzelpersonen verschiedenster Berufe. Sie streben oft danach, ihre Fähigkeiten auch als „public servants“ zu erweisen.

Der Begriff „The New Frontier“ als politisches Leitbild ist erstmalig am 24. August 1935 durch Präsident Franklin D. Roosevelt in einer Rede vor dem Young Democratic Club verwandt worden und hatte damals in der Anlaufzeit des „New Deal“ besonders eine soziale Prägung. Es sei die Aufgabe der jungen Generation über die geographisch bestimmte alte Grenze hinaus durch das Zusammenwirken von Technik, Wissenschaft und sozialer Einstellung eine neue soziale Ordnung und Gerechtigkeit verwirklichen zu helfen.

Das Leitbild von der „neuen Grenze“ taucht bei Kennedy erstmalig in seiner Rede vom 15. Juli 1960 vor dem Demokratischen Nationalkonvent in Los Angeles anläßlich seiner Wahl zum Präsidentschaftskandidaten auf. Es muß im Zusammenhang gesehen werden mit einer Rede, die der Senator Kennedy vier Wochen vorher vor dem US-Senat nach dem Nichtzustandekommen der Gipfelkonferenz vom Mai 1960 (U 2-Zwischenfall) hielt und in der er sich kritisch mit der bisherigen Politik der USA auseinandersetzte. Als Hauptmangel der Eisenhower-Ära bezeichnete er das Fehlen politischer Planung und einer auf Stärke gegründeten, sorgfältig abgestimmten und sinnvollen nationalen Strategie. Er empfahl wesentliche Änderungen, die dann grundlegend für sein Programm als Präsident geworden sind.

### Der Weg in die Zukunft

Im Gegensatz zu der nüchternen Programmatik der Rede vor dem Senat schwingt in der Rede vor dem Demokratischen Nationalkonvent das Pathos des soeben erwählten Präsidentschaftskandidaten. Nach einer Aufzählung der Umwälzungen (Kennedy gebrauchte hierfür den Ausdruck „revolutions“), die sich äußern in der landwirtschaftlichen Überproduktion, in der Überbevölkerung der Städte, Überfüllung der Schulen, Verschmutzung der Slums; in der

Notwendigkeit, die Diskriminierung der Farbigen zu beseitigen; medizinisch, durch die Heraufsetzung des Lebensalters der Bevölkerung ohne ausreichende Altersversorgung; und schließlich durch die sozialen Begleiterscheinungen der Automation, — fuhr Kennedy wörtlich fort: „Ich denke, das amerikanische Volk erwartet mehr von mir als die Worte der Entrüstung und Kritik. Die Zeiten sind zu ernst, die Aufgaben zu dringend, die Einsätze zu hoch, um sich in den üblichen Wahlkampfdebatten zu ereifern. Wir sind nicht hier, der Finsternis zu fluchen, sondern ein Licht zu entzünden, das uns durch die Finsternis in eine gesicherte und gesunde Zukunft führen kann. Denn die Welt ist im Umbruch, die alte Ära geht ihrem Ende entgegen, die alten Methoden genügen nicht mehr . . . Die Probleme sind nicht alle gelöst und die Schlachten sind nicht alle gewonnen — und wir stehen heute an einer neuen Grenze, der Grenze der 60er Jahre, einer Grenze von unbekanntem Möglichkeiten und Gefahren, einer Grenze von unerfüllten Hoffnungen und Bedrohungen.“

Die 'Neue Freiheit' Woodrow Wilsons versprach unserer Nation ein neues politisches und wirtschaftliches Programm. Der 'New Deal' Franklin Roosevelts versprach Sicherheit und Hilfe denen, die in Not sind. Aber die 'neue Grenze', von der ich spreche, ist keine Reihe von Versprechungen, sondern eine Reihe von Forderungen. Sie umfaßt nicht, was ich dem amerikanischen Volk anzubieten gedenke, sondern was ich von ihm zu verlangen beabsichtige. Sie spricht seinen Stolz an, nicht seine Tasche, sie kündigt mehr Opfer und nicht mehr Sicherheit an . . .“

In einer Wahlrede in San Francisco am 3. 9. 1960 stellte Kennedy dem Glauben an die Zukunft die Notwendigkeit persönlicher Opferbereitschaft gegenüber: „Die ‚New Frontier‘ ist eine Herausforderung an alle Amerikaner — an alle, die gewillt sind, sich der Zukunft und nicht der Vergangenheit zu verschreiben — an alle, die die harten Gegebenheiten unserer Zeit meistern wollen. Denn diese Zeiten sind hart. Die Zukunft wird nicht leichter sein. Unsere Bürden werden nicht weniger, unsere Feinde nicht schwächer werden. Aber ich kann nicht glauben, daß die Geschichte einst von uns sagen wird: ‚Sie war die größte, reichste und stärkste Nation der Welt — aber sie verhartete zu lange untätig.‘ Ich glaube vielmehr, daß die Geschichte anders berichten wird. Ich glaube, daß die Geschichte diese Zeit als einen Wendepunkt im Leben unserer Nation und im Streben nach Frieden bezeichnen wird. Ich glaube, daß mit Ihrer Hilfe, mit Ihren Anstrengungen und denen von Millionen gleichgesinnter Amerikaner, wir aus dieser Zeit eine Periode der Größe machen können.“

Und schließlich sagte er auf einer Wahlrede in Seattle am 6. 9. 1960, an die Landung der Pilgerväter anknüpfend: „Wir beginnen eine neue Ära — und die bisherigen Ideen tragen nicht mehr. Ich möchte Sie daran erinnern, daß vor 340 Jahren eine kleine Gruppe von Männern und Frauen auszog, um ein neues Leben an einer neuen Grenze zu finden. Sie verließen Plymouth in England und nannten ihr Segelschiff ‚Mayflower‘. Ihr Geschick war gefahrvoll und ungewiß — sie wußten, daß Mühsal und Opfer ihr Los waren. Aber sie segelten weiter, denn sie waren von dem tiefsten Wunsch

jedes Menschen beseelt, dem ewigen Wunsch nach Freiheit.

Jetzt, 340 Jahre später, ist die Freiheit, die diese kühnen Pilger am Strand von Massachusetts gewonnen haben, erneut in Gefahr. Wir müssen uns wieder einmal große Ziele setzen, erneut ungewisse Risiken eingehen — in unbekannte See stechen, unerobertes Land erforschen. Ich habe diese Aufgaben die ‚New Frontier‘ genannt. Ich habe sie zum Leitbild meines Wahlkampfes gemacht. Ich führe meinen Wahlkampf nicht, indem ich betone, was dieses Land unter einer neuen Regierung für das amerikanische Volk tun wird, sondern indem ich predige, was das amerikanische Volk für sein Land zu tun hat. Mein Ruf geht nicht an diejenigen, die glauben, der Vergangenheit anzugehören — mein Ruf geht an diejenigen, die an die Zukunft glauben.

Begleiten Sie mich zu diesem Ziel: Wollen Sie Pilger und Pioniere an der ‚neuen Grenze‘ sein? Ich kann Ihnen nicht Geborgenheit versprechen, nicht einmal Erfolg. Aber ich verspreche Ihnen eine Regierung, die die Nation wieder zu einer neuen und besseren Welt, in der die Freiheit gesichert ist, führt.“

Es scheint, daß das Wort vom „Aufbruch zu neuen Grenzen“ nicht zuletzt durch seine historischen Beiklänge genau die Bedürfnislage vieler Amerikaner am Ende der 50iger Jahre getroffen hat. Es war ja das große Thema des 19. Jahrhunderts, der Zeit der nordamerikanischen Völkerwanderung von Ost nach West, einer Zeit der Pioniertaten, deren Erinnerung noch heute lebendig ist und bewußt gepflegt wird. Das Wort beschwört die Erinnerung an die Pilgerväter, die 1620 aus Glaubensüberzeugung zur neuen Welt aufbrachen und von denen mehr als die Hälfte im ersten Winter nach ihrer Landung in der Nähe des heutigen Boston umkamen.

In einer Analyse des Wahlkampfes von 1960 sah Walter Lippmann den Unterschied nicht im Programm der beiden Präsidentschaftskandidaten, wohl aber in ihren Wegen und Mitteln. Während der eine, Nixon, auf die Trägheit und das Beharrungsvermögen der Wähler setzte — „Wählt mich und Lodge und wir werden die Sache für Euch schon in Ordnung bringen“ —, appellierte der andere, Kennedy, an ihren Opfersinn und die harten Notwendigkeiten: „Wacht auf, geht an die Arbeit, erkennt die tödliche Gefahr der Auseinandersetzung und haltet durch.“

In dieses Fazit mündete auch die Antrittsrede Kennedys vom 20. Januar 1961 ein: „Meine Mitbürger, fragt nicht, was Euer Land für Euch tun kann, fragt, was Ihr für Euer Land tun könnt . . .

Meine Mitmenschen in aller Welt, fragt nicht, was Amerika für Euch tun wird, sondern was wir gemeinsam für die Sache der menschlichen Freiheit tun können.“

Wie versuchte Kennedy, dem Leitbild von der neuen Grenze Inhalt zu geben?

### Die Freiheit ist überlegen

Nach einer weitverbreiteten Meinung hat Kennedy erst gegen Ende der ersten Halbzeit seiner Amtsperiode während der zweiten Kubakrise Profil gewonnen. Es

gab das Bonmot „Kennedy spricht wie Churchill und handelt wie Chamberlain“; es wurde bei einer Vielzahl von Anlässen vor der Kuba-Blockade geäußert.

Aber diese Ansicht ist nicht haltbar. Man wird vielmehr sagen müssen, Präsident Kennedy war hart, intelligent, gebildet und nüchtern. Die Ost-West-Spannung sah er immer scharf und als Hauptproblem an; er war bemüht, sie nicht zu verschärfen, aber auch nicht nachzugeben; er sah Gefahren in der ständig fortschreitenden Spannung des „Kalten Krieges“. Kennedy war fest davon überzeugt, daß die Freiheit — wirksam, weltweit und ideenreich vertreten — überlegen ist. Sein Bemühen ging dahin, die Initiative für den Westen unter USA-Führung wieder zu gewinnen und dadurch eine westliche Führung der Welt zu ermöglichen. Denn nur so, glaubte er, seien die „Entwicklungsländer“ für die Freiheit zu gewinnen. Kennedys Versuch, neue Ideen in dieser Auseinandersetzung zu erproben, betraf vorwiegend die Methoden. Hierfür rief er einige Berater-Teams ins Leben, die bewußt gegensätzliche Positionen beziehen sollten. Die Entscheidung lag bei dem Präsidenten.

### Die Berater-Teams

Es ist zweifellos, daß der Stil Kennedys, stark mit persönlichen Berater-Teams zu arbeiten, zumindest die Gefahr der Ausschaltung des Verwaltungsapparates und damit der klassischen Kanäle, in erster Linie also des Außenministeriums und des Verteidigungsministeriums, in sich barg. Gefährlich waren auch die oft pointierten und damit begrenzten Ansichten gewisser Intellektueller, die Kennedy von den Universitäten in seinen näheren Beraterstab gezogen hatte. Professor Roespke hat z. B. mit erheblichen Bedenken auf die wirtschafts- und sozialpolitischen Konzeptionen verschiedener Berater des Präsidenten hingewiesen, etwa auf die von Professor Walter Heller im Hinblick auf das Defizit Spending oder auf die These von Professor Galbraith bezüglich einer noch stärkeren Beteiligung des Staates an dem Sozialprodukt.

Es spricht allerdings für die Nüchternheit, mit der Kennedy auch an diese Dinge heranging, daß eine gewisse Synthese zwischen den persönlichen Berater-Teams, kurz gesagt dem Weißen Haus, und dem Apparat entstand. Man darf im übrigen nicht vergessen, wie schwierig es ist, den inzwischen auf 2,5 Millionen Bundesangestellte angewachsenen Apparat in die Hand zu bekommen. Kennedy erkannte früh, besonders nachdem die ersten hundert Tage seiner Regierungszeit sowohl innenpolitisch wie in der Außenpolitik ihm nicht die ruhige Anlaufzeit und die Rooseveltischen Erfolge seiner Legislatur im Kongreß brachten, ganz besonders aber nach seiner Begegnung mit Chruschtschow am 3. 6. 1961, daß die Führung der Regierung nicht mit einer Handvoll Männer aus dem Weißen Haus auszuüben ist. Deshalb erhob er einige seiner engsten Berater in offizielle Regierungspositionen und wies ihnen damit echte Verantwortung zu. Das beste Beispiel dafür war die Ernennung von General Taylor zum Leiter der Stabchefs im Pentagon.

Es gehört auch zum Bild Kennedys und dem Versuch seiner Verwirklichung der „New Frontier“, daß er

Fehler machte und nicht einkalkulierte Überraschungen erlebte. Dazu gehört zum Beispiel sein schroffes Eingreifen bei der Stahlpreiserhöhung, das ihm im Zusammenhang mit fiskalischen Maßnahmen den Ruf, „antibusiness“ zu sein, einbrachte. Man wird auch an die verunglückte Kuba-Invasion von 1961 denken. Hier bestand der Fehler Kennedys in dem zu späten Abstoppen der von der vorhergehenden Administration geplanten Invasion kubanischer Freiwilliger. Kennedy, durchaus in Linie mit der bisherigen amerikanischen Außenpolitik, wollte unter keinen Umständen die Glaubwürdigkeit der Vereinigten Staaten gegenüber den Entwicklungsländern und vor allen Dingen gegenüber Südamerika durch eine Verletzung der 1947 und 1948 geschlossenen Verträge von Rio de Janeiro und Bogota aufs Spiel setzen.

### Kennedys Stil

Will man den Kennedy-Stil charakterisieren, muß man zwei weitere Dinge in Betracht ziehen. Da ist zunächst die von der Verwaltung großer amerikanischer Gesellschaften übernommene und auf einer Reihe von bekannten Universitäten gelehrt Technik der Konzernführung, d. h. Investitionsplanung, Marktforschung und Business-Strategie, die hier auf die politische Führung übertragen worden ist. Kurz ein Stil, den man mit dem Begriff „Managertum“, der allerdings bei uns meist abwertend gebraucht wird, bezeichnen kann. Diese vorausschauende Planung und die Durchspielung aller Möglichkeiten kennzeichnete in besonderem Maße den Stil der Regierung.

Das andere Moment betrifft die unorthodoxe Zusammenstellung des Kabinetts Kennedy. Der Präsident verzichtete darauf, es parteipolitisch zu besetzen. Neben Dean Rusk, der als parteipolitisch neutral gilt, fanden sich Männer, die während des Wahlkampfes die Sache der Republikaner vertraten oder die diesen offen zuneigten, wie z. B. McNamara, Douglas Dillon, John McCloy und John McCone. Kennedy ließ sich hier zweifellos von dem sachlichen Gesichtspunkt leiten, möglichst fähige Männer in sein Team zu holen. Es kam natürlich auch die innenpolitisch taktische Erwägung zum Ausdruck, die Administration auf eine möglichst breite Basis zu stellen, um sich damit auch die Mitwirkung der republikanischen und konservativen Kräfte im Volk und im Kongreß nach Möglichkeit zu sichern, ähnlich wie er auf sozial-politischem Gebiet sich als ein Mann der Mitte erwiesen hat, der sich bestimmte „liberals“ — das Wort wird drüben im Sinn von sozial-fortschrittlich gebraucht — etwas aus seiner direkten Umgebung fernhielt.

Im folgenden sollen einige der sachlichen Bereiche skizziert werden, in denen Kennedy versuchte, das Leitbild der „neuen Grenze“ zu verwirklichen. Der globalen Herausforderung wollte er mit allen machtpolitischen und wirtschaftlichen Mitteln, aber auch der geistigen Auseinandersetzung begegnen. Man kann vielleicht sagen, daß es Kennedy hier vor allem auf die langfristige und kontinuierliche Planung ankam. Das soll kurz im Blick auf die Raumfahrt, die Verteidigungspolitik, die Entwicklungshilfe und die Atlantische Partnerschaft gezeigt werden.

### Das Weltraumprogramm

Ohne Zweifel entsprach das vom Präsidenten aufgestellte Mondprogramm nicht nur einem Prestigebedürfnis der Vereinigten Staaten, nämlich den Sputnik-Komplex loszuwerden und den russischen Vorsprung aufzuholen, sondern es spielten ganz nüchterne wissenschaftliche und strategische Überlegungen eine Rolle. Schon in seiner Botschaft vom 25. Mai 1961 an den Kongreß erklärte der Präsident, daß in den nächsten Jahren zu den bereits laufend vorgesehenen Beträgen für Raumfahrtforschung zusätzliche 7-9 Milliarden Dollar aufgewendet werden müßten, wenn die USA noch in diesem Jahrzehnt einen bemannten Raumflug zum Mond unternehmen wollten. Es wurden Ziffern bis zu 40 Milliarden Dollar genannt; für das Fiskaljahr 1963/64 sind 4,2 Milliarden Dollar für die Raumfahrt vorgesehen. Man kann sich vorstellen, was dieses Programm für die Grundlagenforschung der Wissenschaft bedeutet und welche stimulierende Wirkung davon für diejenigen US-Industrien ausgehen, die für die Raumfahrt tätig sind.

### Die Verteidigungspolitik

Auf dem Gebiet der Verteidigungspolitik begann Kennedy unmittelbar nach seiner Amtsübernahme mit der Verwirklichung der ersten beiden Forderungen seiner Rede vom Juni 1960 vor dem Kongreß. Damals verlangte er den „Aufbau einer unverwundbaren, unüberbietbaren, nuklearen Vergeltungsstreitmacht“ und die „Fähigkeit der USA, an jedem Ort der Welt in einem begrenzten Krieg wirksam und schnell zu intervenieren“.

Neben der Erhöhung der Lufttransportkapazität, um Konflikte in weit auseinanderliegenden Teilen der Welt — beispielsweise Ostasien — besser begegnen zu können, wurden insbesondere das Bauprogramm für die Polaris-Unterseeboote entgegen der Planung der Eisenhower-Administration vorgezogen und verstärkt und das Raketenprogramm sowohl organisatorisch vereinfacht als auch mit dem Ziel einer baldigen Schließung der Raketenlücke, die man Anfang 1961 gegenüber Rußland empfand, beschleunigt und ebenfalls erheblich ausgeweitet. Mit diesen Sofortmaßnahmen einher ging die Überprüfung der gesamten Verteidigungsstrategie, die dann in der Abkehr von der massiven Vergeltung zu dem Konzept der gestuften Abschreckung führte.

Ohne Zweifel haben die USA die Raketenlücke heute nicht nur geschlossen, sondern wahrscheinlich Rußland auf dem Raketengebiet überholt. Private Schätzungen gehen dahin, daß die USA bereits jetzt ein Mehrfaches an Abschreckungskraft besitzen und daß dieses Verhältnis sich noch weiter zu Gunsten der USA entwickeln wird, wenn man in Rechnung stellt, daß noch in diesem Jahr zu den vorhandenen 9 weitere 8 Polaris-Unterseeboote mit je 16 Mittelstreckenraketen kommen werden, während die unterirdischen, also nicht atomgefährdeten, innerhalb 30 Sekunden startbereiten interkontinentalen Minute-Man-Raketen bis 1965 auf 950 gebracht werden sollen.

Welche finanziellen Opfer das Erreichen dieser Ziele von dem US-Bürger verlangt, zeigt das Verteidigungs-

budget der USA. Wenn der letzte, von der Ära Eisenhower übernommene Haushalt noch Verteidigungskosten von 44 Milliarden Dollar vorsah, aber mit 47,5 Milliarden Dollar unter Kennedy abschloß, ist das Verteidigungsbudget mittlerweile bei 52,7 Milliarden Dollar angelangt. Unter Einbeziehung der 1,3 Milliarden Dollar an militärischer Auslandshilfe der USA und von Teilbeträgen aus anderen Haushaltstiteln, wie Raumfahrtprogramm, Luftfahrt und Atom, die direkt oder mittelbar auch der Verteidigung dienen, muß man heute den Anteil der Verteidigungskosten am Gesamthaushalt der USA auf rund 60 Milliarden veranschlagen, das sind etwa  $\frac{2}{3}$  der gesamten Ausgaben des amerikanischen Bundeshaushalts, der ohne die 9,3 Milliarden Dollar Zinslast auf die Staatsschuld im laufenden Jahr ca. 92 Milliarden Dollar umfaßt und wahrscheinlich im kommenden Haushaltsjahr die 100-Milliarden-Dollar-Grenze überschreiten wird. Es kommt hinzu, daß die USA den Schutz von 45 Nationen übernommen haben, und z. Z. mehr als 2200 Militärstationen, darunter 150 strategisch wichtige, ferner ca. 1 Million Mann im Ausland, davon 446000 in Europa, unterhalten.

### Die Auslandshilfe

Ein weiteres Beispiel für den neuen Kurs der Administration Kennedys ist sein Konzept über Organisation und Programmierung der amerikanischen Auslandshilfe. In seiner ersten Botschaft über die Auslandshilfe vom März 1961 verkündete Kennedy, die 60er Jahre müßten als „das Jahrzehnt der Entwicklungshilfe“ in die Geschichte eingehen, wozu eine völlige Neuorganisation der Verwaltung und der Methoden der Auslandshilfe erforderlich sei. Verwaltungsmäßig faßte Kennedy im November 1961 zunächst die zahlreichen hilfeleistenden Stellen und Organisationen unter einheitlicher Leitung in der „Agency for International Development“ (AID) zusammen. Mit der verwaltungsmäßigen Reorganisation ging die gesamte Überprüfung der Ziele und Methoden der USA-Auslandshilfe einher, über deren Erfolg in den vergangenen 15 Jahren, wie allgemein bekannt, man nicht allzu glücklich war. Das neue Verfahren schloß insbesondere eine Reihe von Kriterien für die Vergabe von Auslandshilfe nach etwa folgenden Gesichtspunkten ein: Bedeutung des Landes vom Standpunkt der weltweiten Ziele der amerikanischen Außenpolitik; die Bedeutung der amerikanischen Hilfe für die Entwicklung des Landes; der Grad seiner politischen Stabilität; seine Wirtschaftspolitik, wobei Entwicklungs- und sozialen Faktoren eine hohe Priorität zukommt; das Vorhandensein eines sinnvoll vorbereiteten Landesentwicklungsprogramms; die Verfügbarkeit und Verlässlichkeit einschlägiger statistischer Daten.

Dieses Verfahren wird zweifellos zu einer Auswahl unter den bedürftigen Ländern führen, wobei der Fähigkeit eines Landes, sich selbst zu helfen, sowie seiner politischen Stabilität und seinem Willen zur wirtschaftlichen und sozialen Reform, besonders in Latein-Amerika, erhöhte Bedeutung beigemessen wird.

Dieser „new look“ der US-Auslandshilfe hat sich besonders deutlich in dem erwähnten Verhältnis zu den latein-amerikanischen Ländern manifestiert. Während

die USA früher die latein-amerikanischen Republiken wegen ihrer geographischen Lage als außerhalb der kommunistischen Einfluß-Sphäre stehend angesehen hatten und die politischen Unruhen gewissermaßen als zur einheimischen Folklore gehörend betrachteten, stellte man, zumal im Hinblick auf den von Kuba ausgehenden Bazillus kommunistischer Unterwanderung, eine Art Marshall-Plan für Latein-Amerika auf. Walter Lippmann sprach von einer Entdeckung Südamerikas durch die USA im Jahre 1961. Von 57 Milliarden Dollar Auslandshilfe der USA im Zeitraum 1949–1960 flossen nur rund 4 Milliarden Dollar nach Latein-Amerika. Durch die im Jahre 1961 geschlossene „Alliance for Progress“ und die Charta von Punta del Este wurde in Zusammenarbeit mit den iber-amerikanischen Ländern, mit Ausnahme Kubas, eine sich auf 10 Jahre erstreckende großzügige Hilfsaktion beschlossen, die die wirtschaftliche Entwicklung Latein-Amerikas beschleunigen soll. Die Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Länder Mittel- und Südamerikas sollen koordiniert und — mit eigenen Anstrengungen der Empfängerländer verbunden — wirksamer gestaltet werden. Die vom Ausland aufzubringende Hilfe wird bei einem Gesamtinvestitionsbedarf von 100 Milliarden Dollar auf mindestens 20 Milliarden Dollar geschätzt, wozu die USA mehr als die Hälfte beitragen werden; für das erste Jahr wurden seitens der USA 1 Milliarde Dollar als Soforthilfe, und unter Einschuß von Krediten aus der Weltbank und anderen Instituten  $1\frac{1}{2}$  Milliarden Dollar gewährt.

### Atlantische Partnerschaft

In der gleichen konzentrierten Weise wie die bisher skizzierten Gebiete ging Kennedy schließlich ein Ziel an, das sich am besten mit dem nun schon offiziell gewordenen Begriff „Atlantische Partnerschaft“ kennzeichnen läßt. Die für dieses Ziel benutzten Instrumente waren handelspolitischer, politischer und militärischer Art. Sie waren alle darauf gerichtet, eine echte Partnerschaft zwischen USA und einem geeinten Europa innerhalb einer kürzest möglichen Frist zu erreichen. Nach Ansicht der USA würde ein Europa „with one voice“ ständige Auseinandersetzungen und Reibungsverluste innerhalb der westlichen Allianz vermeiden und einer gemeinsamen Politik in der Ost-West-Auseinandersetzung auf allen Gebieten förderlich sein.

Handelspolitisch wurde dieses Ziel durch den Trade Expansion Act 1962 angestrebt. Er ermächtigt den Präsidenten, innerhalb von 5 Jahren Zollabkommen mit anderen Ländern oder Ländergruppen abzuschließen und darin auf Basis der Gegenseitigkeit und Meistbegünstigung US-Einfuhrzollsätze auf die Hälfte abzubauen. Darüberhinaus kann der Präsident für solche Warengruppen, bei denen die USA und EWG zusammen 80% oder mehr des Exports der westlichen Welt stellen, die Zölle ganz aufheben. Hiervon sind 25 Waren oder Warengruppen betroffen, die z. B. Maschinen und Apparate, Flugzeuge und Autos, sowie chemische Erzeugnisse umfassen.

Man konnte in dem Gesetz den Versuch indirekten Druckes der USA auf eine Erweiterung der EWG erblicken, insofern nämlich, als die genannten 25 Positionen sich ganz wesentlich verringern, falls Großbritan-

nien und die anderen EFTA-Länder, die um Beitritt nachgesucht hatten, der EWG fernblieben.

### Wiederbelebung der NATO

Als Mittel, die Atlantische Partnerschaft auf politischem und militärischem Gebiet zu erreichen, sah Kennedy die Verstärkung oder, wie er Ende 1959 formuliert, die „Wiederbelebung“ der NATO an. Maßgebend für den amerikanischen Vorstoß in Richtung einer integrierten Atomstrategie des Westens unter Führung der USA sind jedoch im wesentlichen drei Gesichtspunkte geworden.

### Verhinderung der atomaren Anarchie

Erstens war es das Bestreben Kennedys, die atomare Anarchie, wenn irgend möglich, aufzuhalten und zweiseitige Abmachungen mit der Sowjetunion auf dieses Ziel hin nicht endgültig zu verbauen. Dies um so mehr, als „eine schwache und unabhängige Atommacht innerhalb der westlichen Allianz, eine Macht, die einen Weltkrieg zwar anfangen, aber nicht beenden kann, als eine Gefahr für den Weltfrieden und für die Sicherheit der Vereinigten Staaten angesehen wird“. (Walter Lippmann). Oder wie Kennedy es im Dezember 1959 ausdrückte „daß der Hauptzweck der französischen Atombombe nicht eine Vergrößerung der französischen Verteidigungsmöglichkeiten ist, sondern die Stärkung von Frankreichs Stellung innerhalb der Allianz. Die französische Bombe zielt eher nach Washington als nach Moskau“.

Zweitens glauben die Amerikaner, daß die Wirtschaftskraft europäischer Nationen selbst bei den größten Anstrengungen nicht ausreicht, um eine wirkungsvolle „force de frappe“ aufzustellen. Die hierfür nach ihrer Ansicht fehlinvestierten Summen verhindern eine stärkere Beteiligung der Europäer an den Verteidigungslasten der westlichen Welt und an einem erhöhten Beitrag für die Entwicklungshilfe. Die Unmöglichkeit, eine Umverteilung dieser Bürde auf mehrere Schultern vorzunehmen, geht daher eindeutig zu Lasten der USA. Der Präsident glaubte, daß auch aus Gründen der Rationalisierung, wie sie sich im industriellen Bereich großer Märkte, wie der USA und der EWG, angebahnt hat, eine Arbeitsteilung dergestalt Platz greifen müsse, daß den USA in erster Linie der gesamte Nuklearsektor obliegt, während die anderen, insbesondere die europäischen Nationen, auf dem Gebiet der herkömmlichen Bewaffnung kräftig nachzuziehen hätten.

An dritter Stelle steht die Erkenntnis, daß nur eine adäquate herkömmliche Bewaffnung Westeuropas es ermöglichen würde, gegenüber dem Ostblock das Ziel einer kontrollierten Abrüstung, d. h. zunächst Einschränkung auf atomarem Gebiet glaubwürdig zu verfolgen. Hierüber stehen immer noch keineswegs einfache Verhandlungen zwischen den USA und den europäischen Alliierten bevor. Dabei könne auch ein geeintes Europa gewichtige Gründe für eine Anerkennung als eigenständige Nuklearmacht oder zumindest für eine erhebliche Mit-

bestimmung im nuklearen Befehlsstand geltend machen und eine von etwaigen Schwankungen der USA-Politik oder des jeweiligen Präsidenten unabhängige Stellung zu erlangen trachten. Hinter diesem Dialog steht auch die Tatsache, — und dies wird z. B. von französischen Wissenschaftlern und der französischen Industrie dafür ins Feld geführt, sich weiterhin auf dem Gebiet der nuklearen Bewaffnung zu betätigen — daß die USA-Industrien auf die Dauer durch die unerhörten Möglichkeiten der Betätigung auf den Sektoren des Flugwesens, der Weltraumfahrt, der Atom-Industrie und dem ganzen Spektrum der dafür benötigten industriellen Bereiche einen Vorsprung erzielen, der vielleicht einmal wirtschaftlich eine ähnliche Unterlegenheit Europas bringen könnte, wie sie derzeit auf dem Kernwaffen-Gebiet besteht. Der Bundesregierung fällt bei diesem Gespräch eine besonders delikate Rolle zu, da sie einerseits als europäische, aber nicht Atom-Macht, im eigenen Interesse sich nicht von ihren Nachbarn isolieren kann, zum anderen als vorgeschobener Posten an der östlichen Grenze auf ihr besonderes Verhältnis zu dem amerikanischen Verbündeten Rücksicht nehmen muß. Sie sollte aber durch umsichtige, zähe und das gesamt-westliche Interesse nicht aus dem Auge lassende Verhandlungen zu einer Lösung dieser überaus komplexen Frage beitragen, damit am Ende ein geeintes Europa als gleichberechtigter Partner dem mächtigen Verbündeten jenseits des Atlantik gegenübersteht und sich so das „grand design“ — die große Vision Kennedys von der atlantischen Gemeinschaft — verwirklicht.

### „The New Frontier“ als Grenze der Freiheit

Die Erfüllung dieser Vision wird zweifellos — wie der Präsident immer wieder verkündigte — auch persönliche und wirtschaftliche Opfer von jedem einzelnen verlangen. Der Präsident war keineswegs nur ein kühler Rechner und Techniker der Macht, sondern ein Mann, der über diese Requisiten der Machtausübung hinaus den Begriff der Freiheit nicht als eine statische, sondern als eine dynamische Kategorie betrachtete, nämlich als ein täglich neu zu erringendes Gut. Er war ein Mann, der den Unterschied zwischen Mensch und Ameise nicht in ihrer physischen Größenordnung sah, sondern in dem Besitz der Freiheit, und daß überall da, wo dieses Gut bedroht ist, die neue Grenze — The New Frontier — verläuft. Oder um mit Kennedy zu sprechen, wie er auf dem Höhepunkt der ersten Kuba-Krise im April 1961 an Chruschtschow formuliert hat:

„Ich glaube, Herr Vorsitzender, Sie sollten anerkennen, daß die freien Völker in allen Teilen der Welt nicht den Anspruch auf die historische Unausweichlichkeit der kommunistischen Revolution akzeptieren. Was Ihre Regierung glaubt, ist ihre eigene Sache, was sie in der Welt tut, geht die Welt an. Die große Revolution in der Geschichte der Menschheit in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ist die Revolution derer, die entschlossen sind, frei zu sein.“

# Zur zweiten Periode des Vatikanischen Konzils

Walter Leibrecht

(I)

Das ökumenische Konzil hatte vor mehr als einem Jahr begonnen, als ein Akt der Selbstbesinnung und der inneren und äußeren Erneuerung der gesamten römisch-katholischen Kirche. Obwohl der Ruf zu diesem Konzil und der Aufbruch zur Erneuerung einen machtvollen Widerhall in der römisch-katholischen Kirche und darüberhinaus in der Welt gefunden hatte, so brachte es doch die erste Konzilsperiode klar zutage, daß mächtige Kreise — die Konservativen — innerhalb der Kirche Roms dem ganzen Unternehmen äußerst skeptisch gegenüberstanden. Besonders die Kardinäle und Bischöfe in den Schlüsselpositionen der Kurie — auch da mit Ausnahmen — schienen von einer offenen Debatte aller Probleme und Mißstände in der Kirche nur das Schlimmste zu erwarten und waren nicht willens, widerstandslos zuzusehen und den Männern der Reform freie Bahn zu lassen.

Daß die zur Reform mahnenden Stimmen innerhalb der römischen Kirche plötzlich sich Gehör verschaffen konnten, nachdem man sie Jahrzehnte hin als unbequeme „Außenseiter“ geflissentlich ignoriert hatte, war allein dem Umstand zu verdanken, daß Papst Johannes XXIII. sich selbst der Reform verschrieben hatte, der „aggiornamento“, wie er es nannte, der Modernisierung der Kirche. Als Anfang Juni Papst Johannes starb, war damit das Schicksal des vatikanischen Konzils plötzlich völlig ungewiß. Man konnte zwar annehmen, daß der neue Papst Paul VI. dem persönlichen Wunsch Johannes XXIII. entsprechen und das Konzil wieder zusammenrufen und weiterführen würde, doch erschien es höchst fraglich, ob der Nachfolger dem Konzil die gleiche Zielsetzung: Öffnung der Kirche zur modernen Welt und ökumenische Hinwendung zu den andern, den nichtkatholischen Christen, geben würde.

## Die gleichen Ziele

Heute nach Abschluß der zweiten Konzilsperiode wissen wir, daß trotz des Papstwechsels die Ziele des Konzils die gleichen geblieben sind. Papst Paul VI. hat sich klar zu dem Erbe seines Vorgängers bekannt, nicht nur in Worten, sondern auch in verschiedenen Entscheidungen. Die Trauer um den toten Papst Johannes in der katholischen Kirche war so tiefempfunden und stark, daß sein Nachfolger beinahe gar nicht anders hätte handeln können als der Stimmung der Stunde zu entsprechen und sich der Fortführung des Werkes des toten Papstes zu weihen. Hatten eben noch viele gefürchtet, die zarte Pflanze der gerade begonnenen Reform würde mit dem Tode des Inspirators selber sterben, so trat zur allgemeinen Überraschung das Gegenteil ein. Der Wille Papst Johannes zur Erneuerung der Kirche, zu einer neuen Katholizität, wurde durch das Ereignis des Todes gleichsam aus der Sphäre parteilicher Umstrittenheit herausgehoben und in ein verpflichtendes Vermächtnis für alle verwandelt.

Man merkte diesen Wechsel ganz deutlich unter den Vätern des Konzils, den Bischöfen, die sich im Oktober zur zweiten Sitzungsperiode wieder versammelten. Was

damals im Konzil noch eine Schockwirkung ausgelöst hatte und auf heftigen Widerstand gestoßen war, der ökumenische Appell des Papstes, ist in der Sache jetzt weitgehend akzeptiert. Was vor einem Jahr noch die Sache des Papstes und einer kleinen Schar progressiver katholischer Theologen und Prälaten war, den meisten Konzilsvätern aber höchst problematisch erschien, ist inzwischen zur Sache des Konzils selbst geworden. In Rom gehört es jetzt zum guten Stil, in Grenzen „progressiv“ zu sein. Viele der nordamerikanischen Bischöfe, eben noch Inbegriff irisch-katholischer konservativer Haltung, sind plötzlich zu drängenden Reformern geworden, eben noch die gehorsamsten der Befehlsempfängern der Kurie sind sie jetzt die schärfsten Kritiker an dieser. Bei den deutschen Bischöfen spürt man auch einen merklichen Wandel, wenn auch weniger dramatisch, da die Deutschen an sich schon zu der Gruppe der mehr „liberal“ gesinnten zu zählen sind. Aber es ist unverkennbar, daß die Sprache Kardinal Frings z. B. jetzt eine andere ist als wir sie von ihm früher und auch noch während der ersten Konzilsperiode zu hören gewohnt waren.

## Der Einfluß des Papstes

Obgleich so das Konzil mit der Zielsetzung, die Papst Johannes ihm gab, fortgesetzt wird, so muß man doch hinzusetzen, daß mit seinem Tode dem Konzil etwas Entscheidendes verloren ging und zwar der Funke, die persönliche Inspiration, die von ihm auf das Konzil oder vielleicht auf dem Umwege über das katholische Kirchenvolk übersprang. Es ging Papst Johannes augenscheinlich nicht nur um eine Reihe von Einzelreformen, sondern mit seinem „aggiornamento“ um einen neuen weltoffenen Stil des Katholischseins, des Christseins. Er selbst war die Personifizierung dieses neuen Stils, in seiner natürlichen Offenheit Leitbild, und wirkte damit allein schon ungemein belebend auf die innere Entwicklung des Reformkonzils ein. Will man atmosphärische Veränderungen innerhalb der katholischen Kirche messen und damit auch im Konzil dieser Kirche, dann kann man die Rolle und Persönlichkeit des Papstes und deren Einfluß gar nicht hoch genug bewerten.

Der neue Papst Paul VI. ist ein Mann des ehrlichen guten Willens. Er spricht nicht nur von Erneuerung der Kirche, sondern hat sich auch in entscheidenden Momenten zur Reform bekannt. Auch das ökumenische Anliegen muß ihm ein persönliches sein. In bewegenden Worten, die man von einem Papst kaum erwartet hatte, wandte er sich in der Eröffnungsansprache des 2. Konzilsabschnittes an die nichtkatholischen Christen mit den Worten: „Wo immer der Vorwurf unserer Schuld an der Trennung der Kirche uns zu Recht trifft, da bitten wir demütig um die Vergebung Gottes und bitten auch um Vergebung von unseren Brüdern, die sich von uns verletzt fühlen.“

Und doch ist er in seinen Worten und Entscheidungen der Vollstrecker und nicht der Urheber einer Idee. Zu Direktheit und Spontaneität, wie sie in dem eben zitier-

ten Ausspruch zum Ausdruck kam, ist er fähig, aber er gebraucht sie selten. Er spricht plötzlich wie Papst Johannes, aber dann handelt er anders oder gar nicht. Er ist stets auf Ausgleich bedacht, und er regiert, indem er ausgleicht. Er ist klug, aber seine Klugheit ist im allgemeinen die des Diplomaten, des Staatssekretärs, geformt durch Jahrzehnte seiner Tätigkeit im Amte der Kurie. Er zögert und wägt lange ab. Die Wahl des damaligen Kardinal Montini zum Papst entsprach dem Wunsch seines Vorgängers, und doch hat Papst Johannes den Kardinal Montini einmal einen „Hamlet“ genannt. Auch scheint Papst Paul noch ein wenig von der Größe und Feierlichkeit seines Amtes überwältigt zu sein. Er wirkt anders auf das katholische Kirchenvolk als sein Vorgänger; er wird geachtet, als Papst verehrt, aber nicht geliebt.

Hatte Papst Johannes bestimmt, wohl aus der Erkenntnis, daß ihm nicht mehr viel Zeit verbleiben würde, daß die zweite Periode des Konzils auch die letzte sein sollte, so fiel nach seinem Tod dieser Grund zur zeitlichen Beschränkung und Beschleunigung des Konzils fort. Das Ende des Konzils wurde auf einen noch ungewissen Zeitpunkt hinausgeschoben. Es zeigte sich, daß die neue Situation, die durch den Tod von Papst Johannes geschaffen worden war, einfach eine neue Periode der Orientierung nötig machte, ähnlich dem ersten Abschnitt des Konzils. Folglich ist es in der 2. Konzilsperiode zu bedeutend weniger Entscheidungen und Beschlüssen gekommen, als zunächst vorgesehen war. Der ganze recht schwerfällige Konzilsmechanismus mußte sich nach dem Kommandowechsel erst langsam wieder warmlaufen. Und doch sind die wenigen Entscheidungen, die fielen, bedeutungsvoll.

### Die Kollegialität des Bischofsamtes

Das erste Vatikan Konzil, das 1870 die Unfehlbarkeit des Papstes proklamierte, brachte die zentralistische Tendenz in der römischen Kirche zu ihrem konsequentesten Aus-

---

*Die Entscheidungen der Geschichte fallen immer im stillen, dort, wo der Zeiger sich lautlos wieder um eine Ewigkeitssekunde weiterdreht. Es sind die stillsten Stunden, die den Sturm bringen, Gedanken, die auf Taubenfüßen kommen, heißt es im Zarathustra. Diese Entscheidung kann der einzelne treffen, für sich allein, im letzten seiner Existenz, das ihm niemand tragen hilft als Gott. Die Entscheidung für Gott ist immer eine Entscheidung für die Tat. Ist diese Entscheidung aber einmal gefällt, so haben wir auch jene Waffe, um dem Kommunismus in seinem innersten Anliegen entgegenzutreten.*

*Siegfried Müller-Markus, Versuch  
oder Versuchung einer Gegenideologie,  
Das Parlament v. 21. 8. 1963*

---

druck. Seitdem herrschte der Papst — wie man meinte — autokratisch in der Kirche, und manche theologischen Autoritäten innerhalb und außerhalb der römischen Kirche bezeugten, daß sich Konzile in der Zukunft der Kirche erübrigten. Der Sieg des Zentralismus aber bezeugte sich nicht nur im neuen Dogma vom Papst,

sondern bedeutete praktisch einen ungeheuren Machtzuwachs für die oberste Verwaltungsbehörde der Kirche in Rom, die Kurie. Die Bischöfe, die nach katholischer Lehre als Nachfolger der Apostel gemeinsam mit und unter dem Papst für die Leitung der Kirche verantwortlich sind, wurden nach 1870 mehr und mehr zu reinen Befehlsempfängern der Kurie.

Als Papst Johannes allen andersartigen Erwartungen zum Trotz ein Konzil ausrief, bedeutete dieser Akt vor allem ein Rückschlag für den kurialen Zentralismus und gleichzeitig eine Wiederaufwertung der Bischöfe, eine grundsätzliche Anerkennung ihrer kollegialen Rolle zusammen mit dem Papst in der Aufgabe der Leitung der Kirche. Nach päpstlichem Willen sollte es eine der spezifischen Aufgaben des Konzils sein, die nach dem ersten Vatikan Konzil unklar gewordene Zuordnung von Papst und Bischöfen zu klären und zu definieren.

Die kollegiale Rolle der Bischöfe wurde in einer Erklärung bei einer Stichwahl, die den Beifall einer überragenden Mehrheit der Bischöfe fand, klar herausgestellt. In der vorhergehenden Debatte hatte Maximus, der römische Patriarch von Antiochien, erklärt, es wäre irrig, den Papst als das Haupt der Kirche zu bezeichnen, die Kirche habe nur ein Haupt und das sei Christus. Der Papst sei das Haupt des Rates der Apostel, d. h. der Bischöfe, und seine Regierungsgewalt sei als dienende und nicht als dominierende zu verstehen. Vielleicht kann man den atmosphärischen Wechsel von der ersten zur zweiten Konzilsperiode teilweise auch darauf zurückführen, daß die Bischöfe sich jetzt wirklich wieder als Bischöfe fühlen. Daß man die Kurie und das gefürchtete Heilige Offizium, Herzstück der Kurie, offer für Mißbräuche zur Rede stellen kann, wie das einige der Konzilsväter und vor allem auch sehr kräftig Kardinal Frings taten, ohne dafür Schaden leiden zu müssen, ist für viele der Bischöfe ein neues und befreiendes Erlebnis.

### Die Reform der Kurie

Der Anlauf gegen die Kurie hat begonnen. Ob er erfolgreich sein wird, kann nur die Zukunft lehren. Nach dem erst einmal die kollegiale Rolle des Bischofsamtes im Prinzip erklärt war, gewannen damit auch die regionalen Bischofskonferenzen (für Deutschland die Fuldaer) neue Vollmachten und Rechte. In der Vergangenheit waren sie mehr und mehr zu reinen Ausführungsorganen der Kurie geworden. Mancher generelle Erlaß der von der Kurie uniform ausging, den kirchlichen Zuständen in Italien gemäß, sich aber durchaus nicht mit den regionalen Interessen der katholischen Kirche z. B. in Deutschland oder Amerika deckte, mußte dennoch ohne Widerstreben ausgeführt werden. Das in der Schlußsitzung der 2. Konzilsperiode angenommene Schema von der Liturgie räumt den regionalen Bischofskonferenzen das Recht ein, innerhalb von Grenzen selbständig Entscheidungen für die Bezirke, für die sie zuständig sind, zu fällen. Ein weiteres Anliegen der Bischöfe in ihrer Kritik an der Kurie waren Bemühungen um eine wirklich die Gesamtkirche repräsentierende Besetzung der Stellen in der Kurie, d. h. Bemühungen um eine Entitalienisierung der Kurie.

Der Kampf um das Prinzip der Kollegialität wurde zu

Teil erbittert geführt, aber im entscheidenden Augenblick bekannte sich der Papst zu diesem umstrittenen Prinzip und für die Notwendigkeit einer Reform der Kurie.

Kurz zuvor war Kardinal Ottaviani, Führer der Konservativen und Leiter des Heiligen Offiziums, der obersten Behörde der Kurie, Kardinal Frings scharf entgegengetreten, nachdem dieser gewisse Methoden des Offiziums kritisiert hatte. Ottaviani beschuldigte Frings, daß dieser den Heiligen Vater selber angreife, wenn er das Heilige Offizium der Kurie einer Kritik unterziehe. Aber diese einfache Identifizierung von Papst und Kurie ist nicht mehr möglich, wie die Ereignisse des Konzils jetzt deutlich demonstriert haben. Die beiden Konzilspäpste haben offen von der Notwendigkeit einer Reform der Kurie gesprochen und haben die Bischöfe geradezu ermuntert, ihre kollegiale Vollmacht neu zu definieren und zum Ausdruck zu bringen. Wäre es nicht erstaunlich, wenn tatsächlich die Macht des Papstes und die Macht der Kurie ein und dieselbe wären, wenn die Kurie tatsächlich nur Verwaltungsbehörde des Papstes und das willige Instrument seines Regierens wäre! Hätte Papst Johannes XXIII. ein Konzil ausgerufen, wenn die Kurie sich ihm als geeignetes Instrument dargeboten hätte, seinen Reformwillen der Gesamtkirche mitzuteilen?

Wenn man im Vatikan bzw. in seiner Nähe weilt und die Ereignisse und Begebenheiten dort verfolgt, dann spürt man etwas von der ungeheuren Macht der Kurie und gelangt allmählich zu dem Schluß, daß die römische Kirche im Grunde von der Kurie nicht nur verwaltet, sondern regiert wird. Nicht der Papst, sondern die Kurie erscheint als die eigentliche oberste Macht in der römischen Kirche. Nicht so sehr Vollstrecker des päpstlichen Willens, sondern Vormund der Kirche und ihres jeweiligen Papstes, das ist die Rolle, die sich die Kurie mehr und mehr zugeschrieben hat. Nicht das Drängen der Bischöfe zur Anerkennung ihrer vollen Kollegialität ist heute die Bedrohung der päpstlichen Macht und Freiheit, sondern die Macht der Kurie ist es, und daher ist es erklärlich, daß die Bischöfe mit päpstlicher Billigung ans Werk gehen, die Befugnisse und die Macht der Kurie zu beschneiden. In den Kreisen der Kurie hatte die Ausrufung eines Konzils durch den Papst Überraschung und Bestürzung hervorgerufen. Ohne Kampf will sich die Kurie Machtbefugnisse nicht entreißen lassen, und sie aus ihrer Rolle zu verdrängen, wird nicht leicht sein. Diese Probe der Macht bildet das eigentliche Drama des Konzils, das ansonsten äußerlich einen undramatischen und konziliananten Verlauf nimmt.

Vom Gelingen dieser Reform wird es zu einem guten Teil abhängen, ob alle übrigen geistlichen Impulse und Reformbeschlüsse des Konzils wirklich ihren Weg in die Gemeinden der römischen Kirche finden können oder ob sie nur als löbliche Prinzipien gefeiert und nach gebührender Frist ad acta gelegt werden. Trotz aller Rückschläge, die die Kurie erlitten hat, ist doch weiterhin ihr Einfluß auf das Konzil enorm, auch schon da-

durch, daß die Kurienkardinäle die Schlüsselpositionen in den Kommissionen des Konzils innehaben, deren Aufgabe es ist, die von den Konzilsvätern gemachten Vorschläge zu verarbeiten. Eine Bresche in der Front der Kurie wurde geschlagen durch die Errichtung des Sekretariats für christliche Einheit unter dem sehr fähigen und reformgesinnten Kardinal Bea, der übrigens kürzlich durch päpstlichen Beschluß dem Kardinal Ottaviani in der Leitung des Heiligen Offiziums beigeordnet wurde.

## Reform der Liturgie

Wichtiger noch vielleicht für das Leben der katholischen Kirche als die vorläufigen Entschlüsse zur Kollegialität der Bischöfe sind einige Entscheidungen der liturgischen Reform, die wohl eine Wandlung im katholischen Selbstgefühl mit sich bringen dürften, die noch nicht zu ermessen ist. Bald wird die Messliturgie in Deutsch erklingen und zur Messe eine Predigt gehören, die in erster Linie danach trachtet, Auslegung des Wortes Gottes zu sein und nicht nur erbaulich moralisierende Heiligenbetrachtung. Das Mysterium soll nicht mehr in sakraler Sprache verhüllt, nur wenigen Eingeweihten zugänglich, in heiliger Unverständlichkeit auf den Altar gehoben werden, sondern von den Teilnehmern an der Eucharistie gehört, empfangen und vor allem verstanden werden, deutsche Liturgie und eine „beinah“ evangelische Predigt, Appell an das Verstehen des Laien, seine geistige und willensmäßige Akzeption. Ein neues Bild des katholischen Laien zeichnet sich ab und ein neues Bild des Priesters — der Gemeinde zugewandt —, wenn das, was im liturgischen Schema angenommen wurde, auch im Leben der römischen Kirche wirklich wird.

Die protestantischen Bestrebungen der letzten Jahrzehnte in der liturgischen Bewegung, dem Unterbewußten im Menschen, den Sinnen, „dem ganzen Menschen“ gerecht zu werden, und die katholische Liturgiereform, die auf Mitteilung und wirkliches Verstehen hinzielt, laufen scheinbar entgegengesetzt, in Wirklichkeit aber doch aufeinander zu.

Das Gesamtgeschehen in Rom überblickend ist es für den Beobachter einfach erstaunlich, mit welchem Ernst sich hier eine ganze Kirche, jedenfalls in ihrer Repräsentation von fast 3000 Bischöfen, an das Werk der Selbstbesinnung und Selbsterneuerung macht. Wenn ein Vorurteil, das wir Protestanten im Hinblick auf Rom haben, in diesen Tagen fallen muß, dann ist es die Vorstellung von der totalen Unbeweglichkeit der römischen Kirche, von ihrer Unfähigkeit zur Reform. Nicht ohne Bewunderung sieht der protestantische Beobachter, daß die römische Kirche im Konzil eine Institution hat zu einer umfassenden Meinungsbildung und zum Fällen von Entschlüssen, die für die gesamte katholische Kirche maßgeblich und verbindlich sind.

(Wird fortgesetzt)

### Helfen wir Erhard jetzt!

Und wenn der Dank des Vaterlands auch ungewiß bleibt

*Zum Redaktionsstab der ZEIT gehören zwei potentielle Mitglieder des Kriegsofferverbandes — potentiell, denn sie sind in keinem der Verbände organisiert, wurden aber mit 50 und 30 Prozent „Kriegsbeschädigung“ eingestuft. Sie wissen also sehr genau, was es bedeutet, den unbarmherzigen Kampf ums Dasein mit schwerem Handicap führen zu müssen, sie meinen aber auch zu wissen, daß, rein wirtschaftlich gesehen, heute viele Bundesbürger Renten beziehen, die andere nötiger hätten, und daß darum eine Pauschal-Erhöhung der Grundrente lediglich weitere Verzerrungen und keine wirkliche Verbesserung herbeiführt.*

Wir wissen nicht, wann und wo das böse Wort entstanden ist. Es muß schon lange her sein. Wie oft haben wir es fluchend-lachend-resignierend einander zugeschrien in jenen Jahren: „Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß!“ Wir hatten Undank erwartet — und unsere Erwartungen wurden nicht enttäuscht. Wem eine Detonation die Trommelfelle zerfetzte, der darf jetzt 45 Mark Rente dafür beziehen. Wer diese elende Schinderei sieben Jahre, und als Kriegsgefangener länger, durchgestanden hat, muß jetzt einer jungen Generation Rechenschaft ablegen, warum er „Hitlers Krieg“ geführt habe.

Und dennoch: daß uns ausgerechnet jetzt die Geduld reißen muß, ist ein Unglück. Von uns aus gesehen — und mit uns meine ich alle jene, die zwei Weltkriege nicht ohne sehr spürbare Einbußen überlebt haben —, von uns aus gesehen, mag es sich unglücklich treffen, daß der neue Bundeskanzler gerade uns sich ausgesucht zu haben scheint, um die immer steigenden Ansprüche an Steuergeldern zu stoppen.

Aber wenn wir nachgäben, wenn wir dieses eine Mal noch nachgäben — wie stünde der Bundeskanzler da bei jedem neuen Druck auf die Staatskassen; wie stünden wir da, an denen es wieder einmal hängengeblieben zu sein scheint.

Werden wird deutlich, lassen wir Zahlen sprechen. Die allerdringlichsten Verbesserungen der Kriegsofferrenten kosten (rund) eine Milliarde. Im Bundeshaushalt für 1964 ist nur die Hälfte „noch drin“ (bitte, auf hunderttausend mehr oder weniger kommt's nun schon auch nicht mehr an). Der heißumstrittene „Stufenplan“ des Bundeskanzlers schlägt vor, 1964 die eine Hälfte zu bewilligen, die andere 1965. An die drei Millionen Kriegsoffern nützen das Bewußtsein, daß ihre Stimmen bei der nächsten Wahl ein gewichtiges Wort mitzureden haben — und wollen damit nun ihre nur allzu berechtigten Forderungen durchsetzen, wollen endlich 1964 alles und nicht nur die Hälfte haben. Die meisten Parteipolitiker zittern vor dem Verlust von drei Millionen Wählern und sagen uns, wir hätten ganz recht und alles solle für uns getan werden.

Alles? Was heißt „alles“? Es heißt beispielsweise, daß der Mann, der keine Nase mehr hat (ich darf nicht übertreiben: es fehlt ihm nur die Nasenspitze), dafür im Monat 45 Mark bekommt, statt, wie bisher, 35; und daß derjenige, der gewissermaßen überhaupt nichts mehr hat, daß der „Schwerstverehrte“ mit 240 statt, wie bisher, mit 200 Mark entgolten wird.

Könnten wir, so heißt meine sehr ernsthafte, lang überlegte und nicht leichten Herzens formulierte Frage, könnten wir drei Millionen auf dieses „alles“ nicht noch einmal verzichten?

Was spricht dagegen?

Dagegen spricht, daß die Stellung der Kriegsrentner (gegenüber den Zivilrentnern beispielsweise, und auch die sind ja nun nicht gerade die Beneidenswertesten) seit Jahren schon schlimm ist. Dagegen spricht, daß verantwortliche Regierunqsstellen offenbar nicht verstanden haben, ein Gefühl zu wecken wie: Einsicht lohnt. Dagegen spricht, daß ich den Verzicht auf im Höchstfall 40, im Mindestfall 10 Mark Leuten zumute, für die solche Beträge sehr viel bedeuten.

Aber mit der Antwort „Der kann ja verzichten, wenn er Geld genug hat“ ist es nicht getan. Das fällt ebenso wenig ins Gewicht wie der Verzicht des Bundeskanzlers auf die ihm als zu 40 Prozent Kriegsversehrten zustehende Rente. Es beruhigt vielleicht das eigene Gewissen — aber niemandem sonst ist damit gedient. Erst wenn wir alle auf die Erhöhung der Grundrente verzichteten, wenn die beiden Organisationen, die unsere berechtigten Forderungen vertreten, sich selber und uns klarmachen können, warum wir noch einmal, immer noch einmal verzichten sollten: erst dann fällt ein solcher Verzicht ins Gewicht.

Nüchtern im Bereich der Zahlen: Der Verzicht auf Erhöhung der Grundrenten würde 570 Millionen Mark ausmachen, also die Bundesregierung in die Lage versetzen, den Ärmsten der Armen zu helfen, indem sie deren Ausgleichsrenten erhöht — und dennoch den Haushalt nicht zu überschreiten.

Was spricht dafür?

Für einen solchen Verzicht spricht, daß gerade den Rentempfängern an einer Stabilisierung des Geldwertes gelegen sein muß. Das hängt gewiß nicht allein von uns ab. Aber welches Argument geben wir dem Kanzler in die Hand, wenn er sagen könnte: Sogar den Kriegsoffern gegenüber mußte ich hart bleiben, um die Währung zu stabilisieren. Wieviel besser könnte er dann der Tendenz steigender Löhne, steigender Staatsausgaben widerstehen, die erfahrungsgemäß von steigenden Preisen begleitet werden.

Für einen solchen Verzicht spricht weiterhin: Wir hätten dann mehr Recht noch als bisher, darauf zu sehen, daß die „Ausgleichsrenten“ großzügiger bewilligt werden.

Demjenigen, der glücklich genug ist, von solchen Fragen nicht betroffen zu sein, muß hier wohl erläutert werden: „Grundrente“ kriegt jeder von uns, die wir beinahe drei Millionen zählen; Ausgleichsrente kriegt nur, wer weniger als 340 Mark verdient (das ist jeder vierte). Die Grundrente ist eine Art Schmerzenssold, die Ausgleichsrente könnte, wenn die Grundrentner zunächst verzichten, im Rahmen des Haushaltes bleiben und dennoch endlich den Erfolg haben, daß solche Renten nicht zum Leben zu wenig sind und zum Sterben ein bißchen zu viel.

Für einen solchen Verzicht spricht schließlich, daß wer Einsicht zeigt, auch Einsicht fordern kann. Im Grunde ist es ja — und da bilde ich mir, nach vielen Unterhaltungen, ein, doch für den größeren Teil von uns zu sprechen — nicht so, daß wir für unser Handicap, welches wir in dieser Welt der Tüchtigen verzweifelt oft spüren, ein Taschengeld, einen Ehrensold haben wollen. Viel wichtiger wäre uns die Gewißheit,

## Gesellschaftliches Diakonat der Kirche

Seit Jahren gibt es in der Evangelischen Kirche in Deutschland Kräfte, die dem von der Ökumene geprägten Begriff der „Verantwortlichen Gesellschaft“ verpflichtet sind. Dieses neue Verhältnis zum Staat und zur Gesellschaft ist durch die Erfahrung mit dem Nationalsozialismus mit geprägt worden. Der Neuanfang nach 1945 gab Gelegenheit, auch das Verhältnis zur Demokratie und ihren Lebensordnungen neu zu überprüfen.

Die seit 1950 in den Evangelischen Landeskirchen arbeitenden Sozialsekretärinnen und Sozialsekretäre fördern die Mitarbeit ev. Christen in den Gruppen und Verbänden unserer Gesellschaft. Vor einigen Jahren schlossen sie sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen. Jedes Jahr kommen die 120 Sozialsekretärinnen und -sekretäre in der Ev. Sozialakademie Friedewald zusammen; hier wurden sie auch ausgebildet.

In diesem Jahre war Ende November eine Arbeitswoche dem Thema über Dienst und Auftrag in Kirche und Gesellschaft vorbehalten, es sprachen die Direktorin des Burckhardthauses, Pfarrerin Eva-Renate Schmidt, Gelnhausen und Prof. Heinz-Dietrich Wendland, Münster. In seinem grundlegenden Referat ging Prof. Wendland zunächst auf das derzeitige Verhältnis von Laien und Theologen innerhalb der Kirche ein und meinte, daß zur Zeit noch eine soziale Vorherrschaft der Theologen bestehe. Es sei aber bedenklich, wenn der Aufbau der Evangelischen Kirche nur durch Menschen eines Bildungsganges gewährleistet würde. Wendland begrüßte darum den Zuwachs an neuen Ämtern nach 1945 in den Gemeinden, so zum Beispiel das der Gemeindehelferin, der Sozialsekretärin und des Sozialsekretärs.

Wie jede Großorganisation mit erprobter Tradition, so tut sich auch die Kirche etwas schwer mit neuen Arbeiten und Aufgaben. Vielen Gemeindepfarrern und Gemeinden ist die Arbeit der Sozialsekretäre noch nicht bewußt, der „kirchlich legitime Ort“ noch nicht richtig sichtbar geworden. Prof. Wendland sprach deshalb von dem diakonischen Grundcharakter der Kirche und dem legitimen Anteil, den jedes Amt daran hat. Hier ist seit Jahren ein lebendiger Prozeß der Erweiterung des kirchlichen Lebens im Gange, die Sozialsekretäre sind die Träger des gesellschaftlichen Diakonats der Kirche. Dieses Diakonat schließt nach Wendland den Verkündigungsauftrag mit ein, allerdings ohne den vordergründigen Zweck, mit dieser neuen kirchlichen Arbeit die Kirchenbänke zu füllen.

daß man uns nicht in Stich läßt, wenn wir eines Tages mit unserem einen Bein, mit unserem Bauchschoß, mit unserem Nervenschock diesem hektischen Catch-as-catch-can-Leben nicht mehr gewachsen sein sollten; daß irgendein Mediziner dann nicht sagen darf, es sei leider nicht mit letzter Sicherheit nachweisbar, ob es sich bei solchem Versagen nicht vielleicht doch gar nicht um einen Kriegsschaden, sondern um eine ganz normale Verschleißerscheinung handele. Wir sollten wirklich für diesmal, noch einmal, verzichten: um dem Bundeskanzler bei der Abwehr immer neuer Attacken auf den Bundeshaushalt zu helfen; und um desto besser dafür sorgen zu können, daß diejenigen, die am härtesten getroffen sind, alle nur irgendmögliche Hilfe erfahren.

(Aus: DIE ZEIT v. 13. 12. 1963)

Die moderne Gesellschaft ist seit Jahrzehnten von großen kritischen Bewegungen begleitet; eine dieser Bewegungen repräsentiert der Deutsche Gewerkschaftsbund. Die Träger des Diakonats innerhalb der Gesellschaft treten immer wieder mit diesen Strömungen, mit der hier lautwerdenden Sozialkritik in ein offenes Gespräch ein. Diese neue, gesellschaftspolitisch bestimmte Arbeit evangelischer Sozialsekretäre lebt bewußt innerhalb einer säkular gewordenen Gesellschaft, hier wird auch der alte evangelisch-soziale Ansatz einer „Rechristianisierung“ abgelehnt. Diese Grundhaltung führte 1955 dann auch zur Ablehnung der neuen christlichen Gewerkschaften. Ein weiterer Grund dieser Ablehnung ist die Überzeugung, daß das Diakonat in der Gesellschaft nicht auf die Christen beschränkt bleiben kann, die sich in den Gemeinden aktiv beteiligen. Das gesellschaftliche Diakonat hat universalen Charakter, es hat universale „Humanität“, wie sie von Jesus Christus gegeben wurde. Das Grundgesetz der Kirche, daß der Christ Anteil an den Leiden des „Ur diakons“ Christus hat, bleibt auch in der modernen Gesellschaft bestehen.

Wir haben immer noch die Erbschaft unserer Vorväter zu verkraften, die eine Zweiteilung des Lebens in einen religiösen und einen weltlichen Bereich zuließen. Evangelische Sozialsekretäre wollen mit ihrer Arbeit in diesen Riß treten und den Dialog mit allen Kräften in der Gesellschaft aufnehmen. Christus kann nicht geteilt werden, und hinter jedem Atheisten will er sich finden lassen.

Abschließend meinte Prof. Wendland, daß es heute überaus wichtig ist, was in Kirche und Gesellschaft gemeinsam getan wird. Kirche und Gesellschaft stünden in einem letzten Zusammenhang, weil Gott selbst den Dialog mit den Menschen begonnen habe; er gab seinen Sohn dafür. Wenn seine Kirche diesen Dialog aufgibt, gibt sie sich selbst auf.

Erwin Ortman

## Bücher

**Klaus Epstein, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin: Verlag Annedore Leber, 1962, Ln. DM 32,80.**

Erzberger ist „der böse Geist der deutschen Politik“, durch seine „skrupellose Wühlerei“ und „Schiebertaktik“ richtet er das Reich zugrunde. Ihm hat „das deutsche Volk den Ruin seiner Wirtschaft, das Ende seiner Selbständigkeit zu verdanken“. Mit solchen Schlagworten diffamierte im Sommer 1919, auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen um die Ratifizierung des Versailler Vertrages, die Presse der Deutschen Volkspartei Gustav Stresemanns den bekannten Zentrumspolitiker. In einem Flugblatt der Deutschnationalen zur ersten Reichstagswahl 1920 sind diese Verleumdungen zur „Dolchstoßlegende“ radikalisiert: „Die Demokraten und Sozialdemokraten haben die Front erdolcht, sie haben damit den Erzbergerschen Schmach-, Hunger- und Mordfrieden gebracht. Unser Elend ist ihr Werk. Gebt die Quittung bei den Wahlen!“

Seit jenen Jahren höchster nationaler Erregung sind mehr als

vierzig Jahre vergangen. Klaus Epstein ist mit Recht der Meinung, heute sei es möglich, „ein von tagespolitischer Verzerrung unberührtes Urteil“ zu gewinnen.

Der Verfasser, ein junger amerikanischer Historiker von der Brown University, hat seine Erzberger-Biographie zuerst 1959 in den USA erscheinen lassen. Die vorliegende deutsche Ausgabe ist gegenüber der amerikanischen wesentlich verbessert und erweitert, zumal hinsichtlich der Tätigkeit des Interfraktionellen Ausschusses (1917–1918) und der Regierung des Prinzen Max von Baden. Auf der Grundlage einer intensiven Erforschung des gesamten Quellenmaterials, vor allem des Erzberger-Nachlasses, zeichnet Epstein mit großer Sorgfalt den Weg des Schneidersohnes aus Buttenhausen (Württemberg) nach.

Seit 1903 Mitglied des Reichstages führte Erzberger einen leidenschaftlichen Kampf gegen die Kolonialskandale („koloniales Fiasko“). Im Kriege organisierte er das Nachrichtenzentrum des Reichsmarineamtes und die „Zentralstelle für Auslandsdienst“ und war so einer der Verantwortlichen für die deutsche Propaganda im Ausland. Im Sommer 1917, als die Situation des Deutschen Reiches immer schwieriger wurde, gelang es Erzberger, Zentrum, Linksliberale und Rechtssozialisten zu einer Mehrheit zugunsten eines Friedens ohne Annexionen zusammenzuführen (Friedensresolution), einer Vorwegnahme jener Zusammenarbeit, die nach 1918 als Weimarer Koalition eine wesentliche Stütze der gefährdeten Republik bilden sollte.

Die wechselvollen Monate der Revolution 1918/1919 sehen Erzberger in führender Position an der Seite derjenigen, die eine demokratische Ordnung in Deutschland heraufführen und zugleich die Einheit des Reiches wahren wollen. Als es darum ging, die Ratifizierung des Versailler Vertrages durchzusetzen, gehört Erzberger zu denen, die meinen, einer Hinnahme des Vertragswerkes nicht ausweichen zu können. Die Tatsache, daß er es auf sich nahm, am 11. November 1918 den Waffenstillstand zu unterzeichnen, trug entscheidend dazu bei, daß er jenen Verleumdungen ausgesetzt wurde, von denen wir eingangs berichtet haben und die im „Erzberger-Prozeß“ 1920 ihren Höhepunkt fanden. Das Kapitel über diesen Prozeß, der dazu führte, daß Erzberger sein Amt als Reichsminister der Finanzen aufgeben mußte, gehört zu den besten des ganzen Buches.

Am 26. August 1921 wurde Erzberger von Heinrich Schulz und Heinrich Tillessen bei einem Spaziergang in der Nähe des Kniebis ermordet. Damit hatte das Leben eines Mannes, der zwanzig Jahre zu den führenden Politikern in Deutschland gehört hatte, ein plötzliches Ende gefunden.

Epstein begnügt sich nicht mit einer Aufzählung der Stationen dieses Lebensweges, sondern es geht ihm darum, Möglichkeiten und Grenzen des Menschen und Politikern Matthias Erzberger aufzuzeigen. Aus dem schwäbischen Kleinbürgertum stammend war Erzberger ein Mann mit ausgeprägtem Selbstbewußtsein, unermüdlicher Arbeitsfreudigkeit und einem Optimismus, der letztlich in einem schlichten Christenglauben begründet war. Andererseits war er außerordentlich wendig und anpassungsfähig, so daß er vielen als Opportunist ohne Grundsätze erscheinen mußte. Hinzu kam eine Impulsivität, die ihn nicht selten „zu einer unglückseligen Prahlerei und Indiskretion“ hinriß und wenig geeignet war, ihm Freunde zu schaffen.

Epstein faßt sein Urteil zusammen: „Sicher war Erzberger

kein politisches Genie. Dazu fehlten ihm langfristige Zielplanung, Verwurzelung im Boden traditioneller Staatskunst und letzte menschliche Tiefe. Seine oft zu geschäftige politische Tätigkeit fand sich im Grunde nie aus der Improvisation heraus. Er besaß viele Schwächen des rasch aufgestiegenen Autodidakten, und seine gutmütige, naiv unbekümmerte Persönlichkeit entbehrte aller dämonischen Züge... Erzberger war ein ungewöhnlich tüchtiger Politiker, dessen positiver Beitrag zur deutschen politischen Entwicklung von keinem Zeitgenossen — weder Stresemann noch Ebert noch Naumann — übertroffen wurde. Er zeigte seine persönliche Begabung in der Überwindung unglaublicher Schwierigkeiten, die seinem politischen Aufstieg im Wege standen. Es lag mehr an den tragisch komplizierten deutschen Umständen der Jahre 1917 bis 1920 als an Erzberger, daß seiner Tätigkeit auf der Höhe seines Wirkens für sein Vaterland, dem er alle Liebe entgegenbrachte, nicht schönere und dauerhaftere Früchte beschieden waren. Ein grausames Schicksal beendete seine Laufbahn im Alter von 45 Jahren, bevor alle seine Fähigkeiten zur vollen Reife gelangen konnten“ (S. 450).

Indem Klaus Epstein das Bild dieses im besten Sinne merkwürdigen Mannes für unsere Generation mit Sorgfalt und nicht ohne innere Anteilnahme neu gezeichnet, indem er Erzbergers Bild von Verzerrungen und Ungerechtigkeiten gereinigt hat, leistet er einen ausgewogenen Beitrag zur Klärung unseres Geschichtsbewußtseins und unserer Kenntnisse von der jüngsten deutschen Vergangenheit. Es ist dringend zu wünschen, daß dieses gewichtige Buch, das hervorragend geschrieben bzw. übersetzt ist, zahlreiche Leser findet.

Bernhard Unkel

**P. L. Berger, Kirche ohne Auftrag. Am Beispiel Amerikas. Mit einem Vorwort von Hans Bolewski. Stuttgart: Kreuz-Verlag, 1963, 196 S. DM 12,80.**

Es herrscht bisweilen ein schrecklicher Eindruck, sagt Bolewski in seinem Vorwort: Die Kirchen scheinen eher ein Hindernis als eine Hilfe zu echtem Glaubensgehorsam zu sein. Berger zieht daraus die Konsequenz, indem er die Mitgliedschaft in einer Gemeinde als nur eine Möglichkeit christlicher Berufung versteht. Es stellt sich ihm die Frage: Ist nicht die wohletablierte, womöglich staatlich prämierte Scheinfrömmigkeit heute der eigentliche Widerpart des christlichen Glaubens? Die Gemeinde erscheint als ein spätes Produkt des Protestantismus. Sie hat alle anderen Formen christlichen Lebens wie Orden, Vereine, Bruderschaften bis zur völligen Bedeutungslosigkeit verkümmern lassen. Das hat auf der einen Seite zu einer immer stärker werdenden Uniformität der Kirche geführt, auf der anderen zum mehr oder weniger stillschweigenden Auszug aus der verfaßten Kirche in die Resignation.

Berger will den Zustand, wie er ihn sieht, nicht akzeptieren. Aus der Tatsache, daß Hans Bolewski die Übersetzung und Herausgabe besorgte, können wir schließen, daß die aufgeworfene Frage auch uns in Deutschland irgendwie betrifft — mögen die kirchlichen Verhältnisse auch in vielen Punkten anders sein. Darum sollte das Buch zunächst einmal gelesen werden. Der Leser sollte sich nicht ärgern, bevor er sich nicht hat fragen lassen, ob da nicht etwas „dran“ ist. Gibt es bei uns nicht solche Gefühle gegenüber der Kirche wie die, die man geliebt, aber hoffnungslos unmöglichen Verwandten gegenüber empfindet (S. 13)?

Die Vereinigten Staaten sehen sich als Nation unter Gott. Amerikaner sein heißt, eine religiöse Bindung haben. Wer sie nicht hat, ist verdächtig. Die Rolle oder Aufgabe dieser Religion besteht nicht darin, verwirrende Fragen zu stellen oder gar auf Disparitäten zwischen den Werten und dem tatsächlichen Handeln hinzuweisen. Die Kirchen wirken vielmehr als Integrationsfaktoren in dieser neuen amerikanischen Gesellschaft. Das Christentum erscheint auch als eine politische Religion und die Demokratie als die Religion der Religionen: Alle können hier zusammenkommen und tun es auch in der „jeweiligen Form“.

Das Christentum erscheint — nach Berger — ferner als soziale Religion, welche Rassentrennung und Klassentrennung eher bestätigt als aufhebt. Es wird auf das für die USA bekannte Phänomen hingewiesen, daß die verschiedenen Denominationen vielfach die Klassen der Gesellschaft widerspiegeln, der Wechsel von einer zur anderen den sozialen Aufstieg begleitet. Das hat zur Folge, daß man keinen Gemeindegewinn von unten zu gewinnen sucht.

Schließlich dient die Religion als willkommenes Hilfsmittel zur seelischen Eingliederung: Sie gibt dem Leben Ziel und Sinn.

Auf diese im einzelnen soziologisch wohl belegten Beobachtungen gründet sich die These: Die gesellschaftliche Irrelevanz der religiösen Ordnung ist in ihrer Funktionalität begründet. Das Christentum scheint eingebettet in eine endgültig hingegenommene Wirklichkeit. Es tritt aus der übrigen Kultur heraus, hat also keine Fragen zu stellen an all das, was die Welt als selbstverständlich empfindet.

Dies führt zur weiteren These: Die Entfremdung und Distanzierung von der „ok-Welt“ und ihren religiösen und gesellschaftlichen Ordnungen wird die „Begegnung“ mit dem Evangelium erleichtern. Auf deutsch: Es könnte gut sein, einmal Abstand zu gewinnen von unserer so wichtigen Welt, damit man die Fragen überhaupt zu hören vermag, die uns vielleicht gestellt sind.

Zugegeben, daß die kirchlichen Verhältnisse bei uns anders sind als in den USA. Zugegeben auch, daß das Buch vielleicht stark pointiert ist. (Wenn die Kirchen in den USA in der hier gezeigten Rolle aufgingen, hätten sie schwerlich die Haltung einnehmen können, die sie bei den Rassekonflikten tatsächlich eingenommen haben!) Aber wir kennen doch auch diese Erscheinung, daß die eigentlichen Fragen durch die kirchliche Praxis verdeckt werden. Immerhin sind wir in unseren Kirchen so stark mit wichtigen Problemen befaßt, daß wir Schwierigkeiten haben, die uns nach der Meinung nicht weniger Leute gestellten Aufgaben anzugehen und unsere kirchliche Lage grundsätzlich zu überdenken. Aus diesem Grund betrifft das Buch auch uns. Es wäre schön, wenn Berger einmal ein Jahr an einer deutschen Universität lehren könnte. Bis es soweit ist, kann sein Buch lebhaft empfohlen werden. Auch wer nicht in allen Punkten zustimmt, wird wertvolle Anregungen empfangen.

A. v. Campenhausen

**Die Antiklerikalen und die Christen. Herausgegeben von Siegfried v. Kortzfleisch. Stuttgart: Kreuz-Verlag, 1963, 149 S. DM 7,80.**

Dieses Bändchen ist von Interesse, weil die Autoren, die es vereint, durchweg in der evangelischen Publizistik oder Wissenschaft wohlbekannt sind. Sie haben nicht nur das Ohr, sondern auch die Mikrophone und Pressen dieser Welt

zu ihrer Verfügung. Der Leser wird deshalb ihre Aussagen für typisch nehmen. Sie laden zum Nachdenken ein mit einer Fülle von Gedanken, deren Vielfalt dieser Besprechung notwendigerweise etwas Pauschales verleiht. Wichtig ist die Grundtendenz aller Beiträge: Die Autoren verteidigen nicht, und sie klagen nicht an. Jede Abhandlung kann als Aufforderung verstanden werden, die Zusammenhänge zu erkennen, Abstand zu gewinnen, ein Urteil zu bilden, das der vielfachen Gebrochenheit des Fragenkreises um Klerikalismus und Antiklerikalismus angemessen ist.

Die Autoren bekennen selbst, mit dem Sammelband keine systematische Darstellung geben zu wollen. Zu den einzelnen Beiträgen: Stoffgepanzert und (wie immer) interessant zu lesen ist der historische Abriss über die „Geschichtlichen Ursachen der Kritik am Klerikalismus“ von Karl Kupisch. Die Untersuchung von Wanda v. Baeyer-Katte („Meinungspsychologische Fragen zum Klerikalismus“) stellt die antiklerikale Polemik vor den Hintergrund meinungspsychologischer und gruppendynamischer Zusammenhänge. Die tatsächliche und die ihr zukommende Stellung der Kirche im pluralistischen Staat behandelt Eberhard Amelung („Die Kirche als Macht in der pluralistischen Gesellschaft“). Er müht sich insbesondere, dem Pluralismus, der die Vielfältigkeit unserer Lebensformen sichert, zu seinem Recht zu verhelfen. „In diesem Rahmen muß die wiederaufgelebte Diskussion um das Problem des Klerikalismus gesehen werden. Staat und Kirche müssen sich neu definieren.“ Eberhard Stammler behandelt die Frage: „Für die Freiheit der Verkündigung kämpfen?“. (Vgl. „Evangelische Verantwortung“ 1963, Nr. 12). Die Antwort wird um das zentrale „Grundmodell des politischen Handelns der Kirche“ aufgebaut, dem Kampf um die Freiheit der Verkündigung. Es müsse bewußt bleiben, daß die Kirche es hierbei auf Schritt und Tritt mit handfester Macht zu tun habe, welche sie auch ausübe, nicht immer ohne die Gefahr des „Hochstapelns“. Mit rundem Ja und Nein beantwortet Heinz Beckmann die ihm gestellte Frage, ob die Kirche ihren Bestand wahren solle („Soll die Kirche ihren Bestand wahren?“). Wie im einzelnen — das kann in Kürze hier nicht wiedergegeben werden. Zuzustimmen ist ihm darin, daß die Kirche nicht dazu da ist, brave Staatsbürger „frei Haus zu liefern“. Zur Wahrung eines so verstandenen kirchlichen Bestandes sagt Beckmann ein „flammendes Nein“. Hans Hermann Walz geht der „Politisierung und Klerikalismus“ nach, dem „Unbehagen im Wandel von Kirche und Gesellschaft“. Besonderen Akzent legt er auf die gesellschaftliche Integration der Kirche, sieht ihre Schwäche (mangels Erfahrungstradition), schließt ermutigend „ihre Zeit ist noch nicht vorbei“ (Vgl. „Evangelische Verantwortung“ 1963, Nr. 4/5). Der Herausgeber Siegfried von Kortzfleisch steuert eine Einleitung und einen Beitrag über „Klerikalismus der Antiklerikalen“ bei. In der Tat: der Glaube der Antiklerikalen, sie seien objektiv und ohne partikulares Interesse, ist eine rührende Naivität. Aber das ist kein Grund, ihnen in der vielbesungenen pluralistischen Gesellschaft den Gebrauch der Massenmedien zu entziehen. Diese Ansicht darf man aus dem Beitrag doch wohl herauslesen.

„Nur mit schlechtem Gewissen“, sagt H. H. Walz, „begleitet das Gros der kirchlichen Führerschaft auf evangelischer Seite die Rolle, die ihre Kirche faktisch in der Öffentlichkeit spielt.“ Die Autoren dieses Sammelbandes dürften allesamt kaum überrascht sein, wenn der Leser sie zumindest in die Nähe der „kirchlichen Führerschaft auf evangelischer Seite“

## Der Vater als Leitbild?

Heft 11, November 1963

In dem Abs. „Gegenwart“ schreibt der Verf.: „Wir kennen heute keine absoluten Autoritäten mehr, zu denen das Korrelat Gehorsam gehört, bzw. wir können sie nicht mehr gebrauchen“. Ist das richtig? Wir haben ohne Zweifel keinen König, keinen eigentlichen Führer, keinen totalitären Machthaber mehr, aber waren diese im eigentlichen Sinne Autoritäten? Ist es nicht so, daß zu dem Begriff der Autorität die Bejahung eben dieser Autorität hinzugehört, muß ich die Autorität nicht als solche akzeptieren? Der König wurde nicht als Autorität bejaht, er wurde vielmehr völlig unreflektiert als Inhaber der höchsten Macht hingenommen, er war kein Objekt von Zu- oder Abneigung. In noch stärkerem Maße der totalitäre Machthaber, er beansprucht Macht, ohne Autorität zu sein und der ihm Unterstellte hat keine Zeit, über die Berechtigung dieses Anspruchs nachzudenken, da ihn dies das Leben kosten könnte.

Heute dagegen haben wir absolute Autoritäten, denen wir uns bewußt und „gehorsam“ unterwerfen. Um einige Beispiele zu nennen: der Konkurrenzkampf, die ausgebaute Sozialversicherung, die langsam aber sicher zum Versorgungsstaat führt, das Gebot der Wiederbewaffnung, das man, wenn auch widerstrebend, akzeptiert, die Angst vor der Atombombe, die uns gerade immer weiter Bomben bauen läßt usw. (Von der Hierarchie im kirchlichen und säkularen Verwaltungsbereich will ich hier erst gar nicht reden!). Ich will damit sagen, daß die Fragestellung des Verf. einfach überholt ist. Der Pfarrer, von dem im selben Absatz gesprochen wird, ist sowieso keine Autorität mehr, ja er ist doch weitgehend einfach gleichgültig. Die personalen Autoritäten haben sich zugunsten abstrakter Autoritäten völlig verschoben, die letzteren beherrschen uns allerdings ganz . . .

Der Satz, daß der Gottesdienst die Gemeinde nicht aus der Welt herausnehmen, sondern die wirklichen Fragen sichtbar machen und für die Welt stärken soll, ist zwar richtig, aber uralte, denn schon Luther sprach ja in seiner Lehre vom Beruf davon, daß der Glaube das Auge gerade nicht blind mache, sondern für das weltliche „Geschäft“ schärfe.

Der nächste Punkt ist die Alternative von Gebet und Gespräch. Der Verf. ist hier meiner Ansicht nach (wie überhaupt im ganzen Referat) nicht konsequent genug. Wäre es nicht ehrlicher, zuzugeben, daß es „das Gebet“ heute weitgehend nicht mehr gibt und ebenso, daß es „das Gespräch“ heute nicht mehr gibt? Warum will der Verf. etwas „ersetzen“, was doch von vornherein nicht mehr in unsere Zeit und in unsere

---

plaziert. Er wird deshalb diese Veröffentlichung gern als ein Unterpfand dafür nehmen, daß man aus dieser Erkenntnis Folgerungen ableitet, um das „schlechte Gewissen“ zu erleichtern, seine Ursachen zu beseitigen. Gerade so wie Kortzfleisch es vor ein paar Monaten in einem Rundfunkkommentar für die Zukunft gefordert, wie H. H. Walz es als Generalsekretär des Deutschen Evangelischen Kirchentags im vergangenen Sommer in Dortmund begonnen hat: indem wir dem grundsätzlichen Überdenken unserer Kirchlichkeit Raum schaffen. A. v. Campenhausen

Vorstellungen paßt? Das Gebet paßt nach Ansicht des Verf. heute nicht mehr in unser Selbstverständnis, das ist vielleicht ein Verlust, aber damit müssen wir uns abfinden. Daß es daneben Akademiegespräche, Kaffeestündchen, Psychiater und Fußballplätze gibt, die alle irgendwie als Tröster des Menschen fungieren, ist einleuchtend, aber das Gebet ersetzen kann man damit nicht. Es könnte natürlich sein, daß die zu einem Gebet noch Fähigen auch die zu einem echten Gespräch Qualifizierten sind, aber das hat ja mit einem Ersatz nichts zu tun . . .

Der Satz „Christliches Menschsein ist Mitmenschsein“ sagt überhaupt nichts, er müßte zumindest begründet werden. Natürlich bin ich mit dem anderen, ob christlich oder nicht, ich bin es im Haß, im Streit, im Atomkrieg ebenso wie in meiner Eigenschaft als Angestellter oder Student. Die Frage ist doch aber: wie! Es genügt einfach nicht, von „christlichem Mitmenschsein“ zu sprechen (abgesehen davon, daß dies eine etwas kuriose Vokabel ist), vielmehr müßte man fragen, wie ich es anstelle, daß ich gerade, weil ich immer mit anderen Menschen zusammensein muß, da Christ bin. Mit dem „mitmenschlich“ ist es doch nicht getan! Und genauso wenig mit dem sich engagieren, nicht jeder sich engagierende Mensch ist auch schon ein Christ! Die Frage ist hier, wo er sich engagiert, ja, ob er vielleicht sogar etwas mitschafft, an dem sich andere engagieren können.

Gott ist nach Ansicht des Verf. der „Grund unseres Lebens“, er ist der, der unsere Probleme bewältigen hilft, indem er die partnerschaftlichen Kräfte freisetzt; in ihm haben unsere vielen Lebensbereiche ihre Einheit (vgl. Sp. 2, S. 18). Und, zu allem Unglück, ist das auch noch die Menschwerdung Gottes. Der Verf. will hier, indem er Gott als Person negiert, der Metaphysik entgehen, aber was ist „Lebensgrund“, Einheit der Lebensbereiche, Löser aller Problematik anderes als Metaphysik? Gott ist hier schlicht und scholastisch als summum ens gefaßt, nicht mehr nicht weniger!

Was mich, zusammengefaßt, an dem Aufsatz von Herrn Lörcher stört, ist die Inkonsistenz des Gedankengangs sowohl im theologischen als auch im soziologischen Bereich. So einfach lassen sich Theologie und Soziologie nicht zusammenbauen. Daß es um ein berechtigtes Anliegen geht, nämlich um das, die Theologie aus ihrer Isolierung herauszuholen und in gewisser Weise „weltlich“ zu machen, ist selbstverständlich . . .

Wäre es darüber hinaus nicht vorstellbar, daß wir gerade durch die Impersonalität unseres Zeitalters merken, was die Person für uns bedeutet und zwar gerade die Person als Autorität, so daß wir, wenn wir überhaupt noch von Gott reden wollen (darüber läßt sich natürlich streiten), von Gott eben nur als Person reden könnten? Vielleicht sind wir gerade deswegen auf Gott als Person geworfen, weil wir selbst institutionell sind? Vielleicht ist der Unterschied zwischen Gott und Mensch ein weit besserer Erkenntniszugang zu Gott als die (scheinbare) Gleichschaltung. Genauso wie man die Liebe in der Lieblosigkeit am meisten braucht, genauso könnte es sein, daß wir Gott als Person in der Impersonalität am meisten vermissen. Und außerdem ist ja der Ruf nach dem personalen Zeitalter in aller Munde — sollen wir Gott etwas absprechen und ihn in das Abstractum verweisen, was wir uns selbst wünschen? Jens Jakobs, Gießen